

Vorbemerkung

Norbert Lammert

Die „Potsdamer Gespräche zur Kulturpolitik“, die die Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 2001 begründet hat und die seitdem jährlich stattfinden, wollen den Dialog zwischen Kultur und Politik pflegen. Teilnehmer sind Kulturpolitiker auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und Künstler sowie Repräsentanten verschiedener Kulturinstitutionen und Verbände. Für die „Potsdamer Gespräche zur Kulturpolitik“ wird in der Regel ein wech-

selndes Schwerpunktthema mit aktuellen kulturpolitischen Fragen verbunden.

Das letzte Treffen im Oktober 2004 hatte das Thema „Erinnerungskultur“ zum Schwerpunkt. Es entsprach dem immer virulenten und insbesondere vor dem „Gedenkjahr“ 2005 gestiegenen Bedürfnis, sich der schwierigen Geschichte Deutschlands des vergangenen Jahrhunderts, ihrer wissenschaftlichen und politischen Rezeption und ihres staatlich organisierten Gedenkens zu stellen.

Die wichtigsten Beiträge sind in dieser Broschüre zusammengestellt. Um den spannenden, zum Teil kontroversen Diskussionsverlauf nachvollziehen zu können, wurde bei der Redaktion der sprachliche Duktus weitgehend beibehalten, um so den Charakter eines Gesprächs zu wahren. ■

Erinnerungskultur als staatliche

Aufgabe

Bemerkungen zur Einleitung

Norbert Lammert

Wir haben in unseren Potsdamer Gesprächen zur Kulturpolitik die bewährte Tradition entwickelt, uns in einem Schwerpunktthema mit einer Fragestellung etwas intensiver, auch mit etwas mehr zeitlichem Atem zu beschäftigen, die besonderes Interesse, vielleicht auch besondere Aufmerksamkeit verdient. In diesem Jahr haben wir ein Thema ausgewählt, das ganz besonders kompliziert, sensibel und zugleich von herausragender Bedeutung ist, nämlich das Thema „Erinnerungskultur“. Zu den herausragen-

den Aspekten dieses Themas gehört für mich, dass es in einer für die Kulturpolitik im ganzen eher untypischen Weise eine unmittelbare staatliche Verantwortung impliziert. Diejenigen, die mich gelegentlich über das Thema „Kultur“ haben reden hören, wissen, dass ich persönlich ein außerordentlich schlankes Verständnis von Kulturpolitik habe und die Zuständigkeiten des Staates und der Politik gegenüber der Kunst und Kultur aufs äußerste limitiert sehen möchte: Die Politik ist nicht für Kultur zuständig, sondern für die Bedingungen, unter denen sie stattfindet, was eben nicht dasselbe ist. Aber wenn es ein Thema gibt, bei dem sich der Staat, die Politik nicht allein auf die Schaffung von Bedingungen zurückziehen kann, sondern ausdrücklich oder heimlich – manchmal auch unheimlich – selber den Gegenstand dessen prägt, um was es geht, dann ist es der Bereich der Erinnerungskultur. Jeder Staat verhält sich zu seiner eigenen Geschichte, und aus der Art und Weise, in der er es tut oder nicht tut, kann man nicht unwesentliche Schlüsse auf sein Selbstverständnis ziehen. Dass die Deutschen sich im Verhältnis zu ihrer Geschichte besonders gründlich besonders schwertun, bedarf keiner Erläuterung, aber vielleicht schon einer ruhigen, sorgfältigen Analyse.

Die Schwierigkeiten beginnen mit dem Begriff. In der Befassung mit diesem Thema ist von „Erinnerungskultur“ oder „Gedenken“ die Rede, ebenso wie von „historischem“ und/oder „kulturellem Erbe“. Dabei ist der Titel „Erinnerungskultur“ nicht zufällig, sondern bewußt so gewählt, nicht weil er die nach Abwägung aller anderen Gesichtspunkte am Ende doch bestmögliche Beschreibung des Sachverhaltes ist – darüber ist der Streit natürlich weiter möglich und vielleicht auch unvermeidlich –, sondern weil er genau das auf den Begriff bringen will, was den einen oder anderen offenkundig zögern läßt: mit dem Benennen eines Sachverhaltes gleichzeitig qualitative Ansprüche zu verbinden. „Erinnerungskultur“ intoniert gleich eine Dimension, die alle Beteiligten unter Ansprüche stellt, die ich ihnen ungerne ersparen möchte.

Dazu nur einige einführende Bemerkungen.

Erstens. Joachim Fest, der bedeutende Publizist und Historiker, vor wenigen Monaten einer breiteren deutschen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Film „Der Untergang“ wieder in Erinnerung getreten, hat in einem Interview in der „Zeit“ eine interessante Bemerkung zum Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte gemacht: „Deutschland hat einerseits Angst vor dem Neuen und andererseits ist es völlig geschichtslos. Das Geste hat in Deutschland keine Anwälte, nicht erst seit Hitler. Die Deutschen haben sich stets in irgendwelche Zukünfte hineingeträumt, aber die sind ihnen durch den Zusammenbruch der Ideologien und Utopien genommen. Jetzt leben sie nur noch in der Gegenwart. Und das Bezeichnende ist, keine der Parteien hat ein realistisches, zur Wirklichkeit taugendes Konzept.“

Zweitens. Als wir diese Tagung vorbereitet und uns für das Schwerpunktthema „Erinnerungskultur“ entschieden haben, war mein gewünschter Redner für die Einführung Christian Meier. Professor Meier scheint in ganz besonderer Weise dafür geeignet, weil er mehr als viele andere deutsche Historiker Geschichte immer als Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart und immer in ihrer Relevanz auch und gerade für aktuelle Politik verstanden und beschrieben hat.

Meine hohen Erwartungen wurden einmal mehr bestätigt, als ich seine Publikation einer Vorlesungsreihe unter dem Titel „Von Athen bis Auschwitz“ gelesen habe, die ich jedem nur nachdrücklich ans Herz legen kann. Hier wird nicht nur wieder einmal der ganz große Bogen europäischer Geschichte und Zivilisation geschlagen, sondern hier werden Zusammenhänge freigelegt und hergestellt, die allzu häufig im aktuellen Verständnis unseres Landes, seiner Herkunft und seiner Zukunft, verdrängt werden.

Mich hat allerdings eine Bemerkung zur Lage der Geschichte in unserer Gesellschaft verblüfft, die an das Zitat von Joachim Fest anschließt. Chris-

tian Meier schreibt: „Die Lage der Geschichte in unserer Gesellschaft, in Europa, zumal in Deutschland, scheint wenig günstig zu sein. Die vielen historischen Ausstellungen, die heute veranstaltet werden, die historischen Museen, vielleicht gar Events, sprechen nicht für das Gegenteil. Sie bieten für die meisten nur Reisen in die Zeit, geleitet gleichsam von Fremdenführern aus dem Fach Geschichte. Wie bei denen im Raum sind ihre Ziele mehr oder weniger punktuell, historische Zusammenhänge aber oder ein Sinn für Geschichte bezeugen sich darin oder resultieren daraus kaum. Vielleicht sollen sie die Abwesenheit von Geschichte im allgemeinen Denken auch kompensieren. Sind Historiker also, sofern sie sich nicht nur an ihresgleichen oder an speziell an ihren Dingen Interessierte wenden, vielleicht wirklich in der Rolle des Bikini-Verkäufers am FKK-Strand?“

Drittens. 1999 hat die Bundesregierung ein Gedenkstättenkonzept vorgelegt. Über dieses Konzept ist im Bundestag nie abgestimmt worden. Es gab eine Beauftragung der Bundesregierung zur Entwicklung eines solchen Konzeptes, das dann irgendwann eher beiläufig zur Kenntnis genommen worden ist. Über die Philosophie dieses Konzeptes besteht weitgehender Konsens, über die operativen Schlußfolgerungen nicht. Sie sind auch nie Gegenstand einer förmlichen Erörterung gewesen, was schon deswegen zu bedauern ist, weil sich eine Reihe der ganz praktischen Fragen, die sich jetzt etwa aus der Gedenkstättenproblematik und deren jeweiliger Zuordnung ergeben, mit den Mängeln der operativen Umsetzung dieser Philosophie unmittelbar verbinden. Besonders deutlich wird dies an der Leidensgeschichte der „Topographie des Terrors“. Ich kritisiere im Ergebnis nicht, dass in der Hauptstadt in einem Umfeld von weniger als einem Kilometer der Bund – wozu er rechtlich keine Verpflichtung hatte – eine der vielen von Berlin begonnenen, aber die Stadt überfordernden Initiativen, nämlich das Jüdische Museum, in seine Verantwortung übernommen hat mit der zutreffenden Begründung, dass die Dokumentation jüdischen Lebens in Deutschland nicht Berliner Lokalgeschichte ist. Auch wird niemand kriti-

sieren wollen, dass der Bund auch für die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas gesamtstaatlich die Verantwortung übernimmt. Dabei klammere ich den wichtigen Streit um die richtige Widmung aus, zu der es damals einen Alternativantrag im Deutschen Bundestag gegeben hat. Dieser Antrag, das Mahnmal den ermordeten Juden Europas und allen Opfern nationalsozialistischer Terrorherrschaft zu widmen, hatte leider keine Mehrheit gefunden. Seine Annahme hätte nicht nur die Serie der Nachfolgemahnmale, sondern auch die Serie der Peinlichkeiten erspart, die sich mit deren Errichtung nun verbinden. Aber dass ausgerechnet die „Topographie des Terrors“, am historischen Ort des Reichssicherheitshauptamtes, wo die vorläufige Beendigung jüdischen Lebens in Deutschland im industriellen Maßstab konzeptionell organisiert wurde, aus dieser herausgehobenen gesamtstaatlichen Verantwortung in den allgemeinen Kontext eines Gedenkstättenkonzepts einsortiert wurde, für die pauschal eine Fünfzig-zu-Fünfzig-Finanzierung zwischen Bund und Träger angeboten wird, angefangen bei jeder kleinen lokalen Einrichtung bis hin zu solchen exzeptionellen authentischen Stätten gesamtdeutscher und europäischer Geschichte, ist hochgradig unplausibel, um nicht zu sagen: willkürlich.

Viertens. Mein Eindruck ist sicher nicht falsch, dass eine gänzlich unbefangene Diskussion des Themas nicht möglich ist. Zur Verdeutlichung zwei Zitate. Das erste lautet wie folgt: „Der Holocaust ist ein Wert, weil er über unermeßliches Leid zu unermeßlichem Wissen geführt hat und damit eine unermeßliche moralische Reserve birgt.“ Ich finde den Satz atemberaubend. Kein Historiker könnte ihn schreiben, schon gar kein deutscher. Er ist von Imre Kertész. Der weiß, wovon er schreibt, und er weiß auch, warum.

Das zweite Zitat ist – zufällig oder nicht – auch von einem Ungarn, diesmal von einem Historiker: „Solange in Deutschland kein Konsens über die eigene nationale Erinnerungskultur entsteht, wird das Land seine innere Si-

cherheit nicht zurückgewinnen.“ Und er fügt eine andere Bemerkung hinzu, die ich nicht weniger aufschlußreich finde; es ist der Historiker Krisztián Ungváry: „Es fehlt bisher in Deutschland wie in Osteuropa eine Kultur, die es uns ermöglicht, über Opfer und Täter ohne Verdächtigungen zu sprechen. Die deutschen Debatten der letzten Jahre zeigen jedoch, dass es für die deutsche Gesellschaft ein zentrales Problem darstellt, eine Sprache zu finden, die Trauer über die eigenen Opfer ermöglicht. Diese Trauer kann nicht allein den Betroffenen überlassen werden, sie muß Teil der nationalen Erinnerungskultur werden. (...) Wäre das in Deutschland möglich“, schreibt Ungváry, „könnte dies auch für andere Länder als Anregung dienen, die eigene Erinnerungskultur zu gestalten.“

Auf die deutsche Geschichte so, wie sie war, schon gar im letzten Jahrhundert, kann man wohl schwerlich stolz sein. Aber unseren Umgang mit dieser Geschichte können wir vorzeigen. ■

Geschichte als Mahnung und Orientierung

Bernhard Vogel

Wenn ich den Wunsch von Norbert Lammert, der nicht nur Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Gesprächskreises ‚Kultur‘ der Union, sondern auch stellvertretender Vorsitzender der Adenauer-Stiftung ist –, wenn ich seinem Wunsch entspreche und zu diesem 4. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik gekommen bin, dann um zu unterstreichen, welche Bedeutung die Adenauer-Stiftung der Kultur und der Kulturpolitik zumisst. Ihr Kommen bestärkt uns in dem Wunsch, der Kulturpoli-

tik einen höheren Stellenwert im öffentlichen Bewusstsein zu schaffen – gerade jetzt, wo alle Welt zu Recht von Geld und Wirtschaft spricht –, dieses Thema nicht an den Rand drängen zu lassen. Kunst und Kultur zu fördern, gehört zu den satzungsgemäßen Aufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung, die Förderung junger Künstler in der Ausbildung im Rahmen der Begabtenförderung, die Förderung von Künstlern über unser Stipendienwesen, die Förderung vor allem der Literatur durch große internationale Tagungen, wie wir sie in Prag und 2003 in Danzig abgehalten haben und für 2005 für Budapest vorbereiten, und deren Ergebnisse jeweils publiziert worden sind, oder der Literaturpreis der Adenauer-Stiftung, der jährlich in Weimar verliehen wird und 2004 an Herta Müller gegangen ist.

Kunst und Kultur ohne Kulturpolitik, das hieße freilich nur eine Seite der Medaille zu betrachten; erst eine nachhaltige Kulturpolitik schafft Rahmenbedingungen. Von daher sind wir auch beispielsweise für das Buch dankbar, das mit dem fragenden Titel „Alles nur Theater?“ versehen ist, das Herr Lammert herausgegeben und mit einer wichtigen Arbeit bereichert hat und dessen Beiträge zur Debatte über Kultur und Bürgergesellschaft anregen sollen.

Als wir die Potsdamer Gespräche im Jahr 2001 aufgenommen haben, war es das Ziel im Geist unserer Stiftung, für Künstler und für Politiker – nur als Fußnote: Politik ist auch eine Kunst, und Kunst kommt von Können, sonst hieße das anders –, für Künstler und Kulturpolitiker eine Plattform eines offenen und eines regen Austausches miteinander zu ermöglichen. Dabei hat uns unter anderem die Überlegung geleitet, dass in einer Zeit tiefgreifenden Wandels und nicht minder tiefgreifender Modernisierung und Differenzierungsprozesse natürlich die Frage nach Orientierung und Identität immer dringlicher wird. Kunst und Kultur sind notwendige Elemente für Entwürfe eines guten Lebens. Man könnte sehr alte griechische und römische Zeugen für diesen Satz, dass sie notwendige Elemente für ein

gutes Leben sind, anführen. Dieses 4. Potsdamer Gespräch ist der Erinnerungskultur gewidmet. Der Mensch wird nicht zuletzt dadurch definiert, dass er sich erinnern kann. Geschichte, das große anthropologische Übungsfeld der Menschheit – wer sich selbst erkennen will, ist auf Geschichte angewiesen, man muss sie annehmen, man muss mit ihr leben, sie ist unvermeidbar, auch wenn der Zugang jedes einzelnen zur Geschichte unterschiedliche Gründe haben kann. Es gibt, um es auf einen kurzen Nenner zu bringen, drei Bezüge zu ihr: die Rückschau in Form empfindungsbestimmter, ja ästhetischer Rezeption, die persönlich bereichert, die Rückschau als Mittel der persönlichen und gesellschaftlichen Orientierung, als Mittel der Selbstfindung und als Identitätsgewinn und schließlich die Rückschau als Schulung des analytischen Vermögens an der konkreten Wirklichkeit mit dem Ziel, politisch-soziale Entschlüsse und Handhabungen vorzubereiten und auszulösen. Für uns Deutsche kommt freilich noch ein viertes Element hinzu, das durch die Last unserer jüngeren Vergangenheit geprägt ist. Geschichte erinnert als Mahnung eines Nie-wieder, und Geschichte erinnert, um die unselige Vergangenheit nicht wiederkehren zu lassen. Auch in Deutschland ist die Tendenz zu beobachten, die deutsche Katastrophe des 20. Jahrhunderts, die sich in Begriffen wie Holocaust, Auschwitz und der doppelten Erfahrung des Totalitären spiegelt – in welcher Form auch immer –, doch langsam beiseite zu schieben. Man mag die Erosionserscheinungen am rechten Rand, die sich jüngst in Brandenburg und in Sachsen wieder gezeigt haben, als Protestverhalten bewerten, und das war es sicherlich auch, aber wir dürfen nicht verkennen, dass es in unserer Gesellschaft, wie übrigens auch in der Gesellschaft anderer Länder in Europa, ein rechtsradikales oder rechtsextremistisches Potential gibt, das sich regelmäßig in Krisenzeiten zu Wort meldet und in der Vergangenheit immer wieder zu Wort gemeldet hat und nicht zufällig eben jetzt auch wieder hörbar geworden ist. Deswegen lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Wir wissen, dass wir mit der Singularität des Holocaust als unauslöschbares Element unserer Vergangenheit und damit unserer Erinnerungskultur zu leben haben. Wir

wissen, dass Auschwitz die Signatur eines ganzen Zeitalters ist und uns alle angeht. Was damals geschehen ist, hat bis dahin niemand auch nur für denkbar gehalten. Es bleibt, wie ein Seismograph darüber zu wachen, dass in den Medien, dass in der Politik, dass in den Kirchen dies nicht vergessen wird, ein Zeichen zu setzen, das Vergessen zu verhindern und gegen jede Schlußstrichmentalität das Wort zu ergreifen und besondere Verantwortung dabei gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern, aber beispielsweise auch gegenüber dem Existenzrecht Israels zu empfinden – was Israel betrifft, kann man als Deutscher nicht neutraler Vermittler sein – und gegen rassistischen Radikalismus von rechts wie von links sich zu wehren und den anti-totalitären Konsens unter den politischen Parteien zu pflegen. Die Lehren, die wir aus Auschwitz gezogen haben, fassen sich zusammen im ersten Artikel des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und in der Aussage, dass sie auch für die Zukunft unantastbar bleiben muß. Das bleibt zentrales Thema unserer Erinnerungskultur.

Zu unserer Geschichte gehört freilich aber auch, dass es eine zweite Diktatur in Deutschland gegeben hat und dass auch sie nicht vergessen werden darf und dass auch an sie erinnert werden muss. Dabei ist jeder kurzatmige Vergleich von nationalsozialistischer Schreckensherrschaft mit der kommunistischer Diktatur unstatthaft. Aber auch nostalgische Verklärung des SED-Regimes in der DDR ist unstatthaft; wir dürfen nicht zulassen, dass die Verbrechen des DDR-Regimes in Vergessenheit geraten. Die Gefahr besteht in den jungen Ländern, aber ganz besonders in der alten Bundesrepublik. Wenn wir Geschichte als Orientierung fruchtbar machen wollen, dann müssen wir, glaube ich, beides tun: das Furchtbare unserer Vergangenheit nicht leugnen, aber auch auf die Leistungen unseres Volkes hinweisen. Auch unser geistiges und kulturelles Erbe gehört zur nicht verleugbaren Geschichte unseres Volkes. Das wird immer wieder deutlich; erst jüngst beispielsweise ist aus gegebenem Anlass an Alexander von Humboldt erinnert worden oder jetzt schon erscheint zu Schillers Todesjahr eine

Fülle von Schiller-Biographien. „Das andere Schattenreich der Vergangenheit“ hat es einer dieser Biographen, Rüdiger Safranski, genannt, „das unvergessliche Zeitalter des deutschen Geistes“, fährt er fort. Der Brand vor wenigen Wochen in der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar hat ja die Aufmerksamkeit aller darauf gerichtet, was für kulturelle Schätze zu unserem europäischen Erbe gehören.

Es ist sehr bedauerlich, dass viele kein Buch lesen; aber es ist sehr erfreulich, dass viele von denen, die nie ein Buch gelesen haben, entsetzt waren über die Verluste, die dort entstanden sind. Und das meine ich ganz ernst. Wir Deutschen beklagen ja das erstere natürlich lautstark, und es ist auch zu beklagen, aber das zweite ist auch nicht uninteressant. Offensichtlich haben die Menschen ein Bedürfnis, sich in den Traditionen, auch in den demokratischen Traditionen Deutschlands, etwa in der Tradition auch des Widerstands gegen Hitler, wiederzufinden. Übrigens, einer der Gründe, warum ich den Leuten um Herrn Buchstab so dankbar bin, dass sie den Band „Christliche Demokraten gegen Hitler“ publiziert haben, damit diese Wurzel unserer christlich-demokratischen Idee nicht vergessen wird. Aber in den Aufbauleistungen nach 1945, in einem Datum wie dem 17. Juni, in einem Datum wie dem 9. November 1989 liegt auch deutsche Geschichte, und es ist hochinteressant, wie etwa ein Film wie „Luther“ oder „Das Wunder von Bern“ aufgenommen wird und wie groß das Bedürfnis der Menschen ist, sich ihrer Geschichte zu erinnern und sich in ihr wiederzuerkennen und daraus Identität zu beziehen. Ich war überrascht, bei einem Besuch des Films über das Ende Hitlers fast ausschließlich junge Leute, fast ausschließlich unter Dreißigjährige zu finden. Ich gäbe etwas darum zu wissen, ob ein ganz normaler Dreißigjähriger anders denkt als ich, nachdem ich diesen Film gesehen habe. Ich glaube, dass zwei Millionen ihn in wenigen Wochen gesehen haben, kann – ich möchte das vorsichtig formulieren –, kann ein gutes Zeichen sein. Bevor nachgewiesen wird, dass das

ein schlechtes Zeichen ist, will ich die Vermutung, dass es auch ein gutes sein könnte, bitte nicht leugnen.

Erinnerungskultur hat natürlich verschiedene Gesichter. Auf der einen Seite die fortwährende Erinnerung an das Grauen, das in deutschem Namen verursacht worden ist und für das wir mit großem Leid haben bezahlen müssen und bezahlen müssen; auf der anderen Seite die Ermutigung, nicht für ein andermal, vielleicht aber doch für immer aus der Geschichte Konsequenzen zu ziehen, um Jacob Burckhardt sinngemäß zu zitieren. ■

Zum deutschen Gedenkwesen

Christian Meier

Ob der mir aufgegebenen Titel „Erinnerungskultur“ gut gewählt ist, weiß ich nicht. Ich würde jedenfalls lieber von Erinnerungswesen sprechen oder, noch besser, von Gedenkwesen. Kultur scheint mir, bei allem Respekt gegenüber vielen beachtlichen, vorbildlichen Leistungen auf diesem Gebiet, zu hoch gegriffen. Man spricht ja auch von Bildungswesen, nicht von Bildungskultur.

Wenn ich statt von Erinnerungs- lieber von Gedenkwesen spreche, dann liegt das daran, daß dessen wichtigste Gegenstände Geschehnisse, teils Widerfahrnisse, teils Untaten, der Zeit zwischen 1933 und 1945 sind, Dinge also, welche im nächsten Jahr, 2005, mindestens sechzig Jahre zurückliegen. Insofern ist der Kreis derer, die sich daran noch erinnern können, schon ziemlich geschrumpft. Jedenfalls geht es heute und morgen weit weniger um das reflexive Sich-Erinnern als um das aktive Erinnern respektive das passive Erinnert-Werden. Das aber bezeichnet man dann besser mit dem Wort „Gedenken“.

Das öffentliche Gedenken, denn darum geht es ja vor allem, tritt in Zeit und Raum konzentriert auf – zeitlich an Gedenktagen: 27. Januar und 13. August Volkstrauertag in jedem Jahr; 3. Oktober sowieso; 9. November ebenfalls, zumal alle zehn Jahre als Gedenken an die Reichskristallnacht, sowie in ähnlichen Abständen als Gedenken an den Mauerfall; und der 8. Mai jedenfalls nur alle zehn Jahre.

Räumlich sind es die Gedenkstätten, an denen sich das Gedenken verdichtet – Buchenwald, Oranienburg, Auschwitz usw., die Neue Wache, künftig das Holocaust-Mahnmal und anderes, aber auch eine lange, unüberschaubar lange Reihe lokaler Denkmäler und Gedenkstätten. Viele von ihnen dienen nicht nur dem Gedenken, sondern auch der Information, welchselbe, für sich genommen, zugleich in Museen oder wechselnden Ausstellungen präsentiert wird.

Dieses dergestalt in Zeit und Raum konzentrierte Gedenken nun sollte aber nicht isoliert bleiben; es bedarf also der Einbettung in weitere Zusammenhänge – in den Schulunterricht, zumal in den Fächern Geschichte und Deutsch –, und darüber hinaus in das allgemeine Bewußtsein, wie es sich im Sprechen untereinander, aber auch im Denken, Fühlen, im Stolz oder in den Beklemmnissen der Einzelnen äußert und niederschlägt. Hier kann man nicht von Gedenken, aber auch nicht von Erinnern sprechen – woran

sollten sich Leute unter sechzig Jahre denn erinnern außer daran, daß sie einmal etwas davon gehört oder gelesen oder darüber etwas gelernt haben?

Vielmehr handelt es sich hier um ein Wissen oder eben ein Bewußtsein, in dem zum Beispiel, was ja der wichtigste Gedenkposten ist, der Mord an den europäischen Juden in irgendeiner Weise parat sein muß, ein Wissen also, zu dem das Gedenkwesen beizutragen hätte. Dies zu den Begriffen.

Drei Gegenstandsbereiche, wenn ich das so nennen darf, des Gedenkens sind zu unterscheiden, zwei davon haben es mit Untaten großen oder größten Ausmaßes zu tun, erstens dem Mord an den europäischen Juden samt Verfolgungen, Demütigungen, vielerlei schlimmem Unrecht schon in seinem Vorfeld, zweitens einer langen Reihe schwerer Verbrechen gegen Zigeuner, Polen, Sowjetbürger, Geisteskranke, Homosexuelle und andere. Der dritte Bereich sind die eigenen Opfer und Leiden, der deutschen Gefallenen etwa, das ist relativ unproblematisch, aber auch Opfer von Luftkrieg und Vertreibung, sowie die Opfer des sowjetischen Besatzungs- und des DDR-Regimes. Die Unterscheidung ist grob, und viele kleinere Fragen muß ich beiseite lassen. Zum Beispiel: Zählen die deutschen Juden, die ja schließlich Deutsche waren und auch sein wollten, nicht auch zu den Deutschen, Homosexuelle, politisch Verfolgte und viele andere ebenfalls? Doch lassen wir es bei dieser groben Unterscheidung!

Das Gedenken an die Juden steht notwendigerweise ganz im Vordergrund und bildet zweifellos eine eigene Kategorie: Das Unterfangen, eine ganze, eigens so definierte Rasse, also die Mitglieder einer jahrtausendealten Religionsgemeinschaft einschließlich derer, die selbst oder deren Vorfahren sich davon losgesagt hatten, mitsamt Alten und Säuglingen restlos, soweit man ihrer habhaft werden konnte, von Staats wegen umzubringen, größtenteils fabrikmäßig; wie wenn keiner von ihnen der Menschheit zuzugehören das Recht hätte und indem man ihnen vielfach nicht einmal das Recht ließ, in eigenen Kleidern ermordet zu werden, ihre Goldzähne der Reichsbank

übergab und die Frauenhaare abschnitt, um sie zu Ballen geformt der industriellen Verwertung zuzuführen – von der Wegnahme von Habseligkeiten, des Vermögens und anderem ganz zu schweigen. So etwas hat es zuvor nicht und nicht einmal bei Stalin gegeben. Ganz abgesehen davon, daß bei den Juden von einer Feindschaft gegen die Deutschen so gut wie gar nicht die Rede sein konnte, sondern, im Gegenteil, sehr viel Offenheit den Deutschen gegenüber, Zugehörigkeit und Freundschaft ihnen eigen war. Was da geschehen ist, übersteigt menschliche Vorstellungskraft und menschliches Fassungsvermögen – bisher jedenfalls; hoffen wir, daß es so bleibt. Seitdem das möglich ist, ist die Weltgeschichte eine andere geworden. Weil das so ist und weil insbesondere die restlose Vernichtung der Juden (und nur der Juden) geplant war, ist auch die deutliche Unterscheidung von anderen Opfergruppen angebracht.

Dieser Mord kann nicht vergessen werden. Er darf auch nicht vergessen werden. Nachdem wir das ins Werk gesetzt haben, müssen wir uns daran erinnern und uns auch daran erinnern lassen. Und die Erfahrung lehrt, daß es sehr viel besser ist, es selbst zu tun, als es sich von anderen sagen oder sich gar von anderen dazu treiben zu lassen.

Nachdem dies geschehen und zum Gegenstand des Gedenkens geworden ist – anders gesagt: da uns das Gewicht dieser ungeheuerlichen Untat einmal anhängt –, machen sich auch die anderen Untaten an Polen, Sowjetbürgern etc. in einer Weise empfindlich, jedenfalls potentiell empfindlich bemerkbar, die sonst, so schlimm sie waren, vermutlich mehr oder weniger irgendwann dem offiziellen Vergessen anheimgefallen wären. Wohl bemerkt: auch diese Untaten gingen zum Teil weit über die bis dahin üblichen Maße des Mordens, Plünderns, Sengens und Vertreibens hinaus. Aber man könnte sich immerhin fragen, ob man sie nicht letztlich in eine Reihe mit allen möglichen anderen Kriegsverbrechen der Weltgeschichte gestellt hätte. Daß die nach Kriegsende vergessen werden sollen, ist jahrhunderte-,

ja jahrtausendlang, seit den alten Griechen, eine verbreitete Lehre und Praxis gewesen. Noch 1946 hat Winston Churchill in seiner berühmten Zürcher Rede davon gesprochen, ein „blessed act of oblivion“ – also ein segensreicher Akt des Vergessens – sei nun fällig.

Man hätte uns am Ende des Krieges zerstreuen, das ganze Volk auflösen können. Das wäre vielleicht nicht einmal die schlechteste Lösung gewesen. Übrigens hat schon Goethe von einer möglichen, für die Welt möglicherweise günstigen Zerstreung der Deutschen gesprochen. Doch hat man es nicht getan; man hat uns im Gegenteil sogar ziemlich rasch wieder auf die Beine geholfen, vornehmlich im Westen, und wir haben das Land auf bemerkenswerte Weise wiederaufgebaut. Vieles, zum Beispiel eine funktionierende und, da sie zugleich wirtschaftliche Erfolge mit sich brachte, auch gut akzeptierte Demokratie ist neu errichtet worden. Aber es hat seinen Preis. Wie hoch oder niedrig, wie viel oder wenig spürbar er auch sein mag – es gibt ihn, und er ist zu entrichten, keineswegs nur, aber insbesondere im Gedenkwesen. Daran jedoch hängt einiges.

Der Normalfall des nationalen Gedenkwesens ist, daß man der eigenen Gefallenen, der eigenen Opfer, derer also, die sich für das Vaterland geopfert haben, sich zum Opfer gebracht haben, gedenkt, indem man über die Zeit eine Gemeinschaft knüpft bzw. befestigt, der man sich zugehörig fühlen kann und soll. Dieses Gedenken verbindet sich gern mit dem Stolz auf einen Sieg – so im Kaiserreich der 2. September, der Sedanstag – oder mit dem Gedenken an eine Revolution – so etwa der 14. Juli, Sturm auf die Bastille in Frankreich –, aber auch mit dem Stolz des Besiegten, der sich vergewissert, daß er die Niederlage wieder auswetzen wird, die er erlitten hat; entsprechend der bekannten Formel, die nach dem Ersten Weltkrieg in der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin angebracht worden ist: *invictis victi victuri*. Also: den im Felde Unbesiegten – *invictis*; diejenigen, die die Niederlage erlitten haben – *victi*; die aber künftig siegen werden – vic-

turi. Dies aber gehört bei dem augenblicklichen Gedenkwesen nun wirklich nicht zu dem, was möglich ist in Deutschland; wir können allenfalls ohnmächtige, wenn auch vielleicht nicht ganz vergebliche Versuche der Wiedergutmachung anstellen. Und wenn wir dabei Ehre einlegen können, besteht sie darin, daß wir trotz der damit verknüpften eigenen Schande bereit sind, unserer Opfer, derer also, die wir zu Opfern gemacht haben, offen zu gedenken; was gar nicht leicht ist, zumal es immer neu auf eine Gratwanderung zwischen leerer Betroffenheit und dem Trieb nach Verdrängung, der Verkleinerung oder Bemantelung der Untaten hinausläuft.

Hier liegt der erste Teil der Problematik unseres Gedenkwesens, der es vor allem mit unserer Identität zu tun hat. Der zweite Teil erstreckt sich auf die Tatsache der teils graduellen, teils grundsätzlichen Unterschiedlichkeit der drei Opfergruppen. Wie wird man mit den aus dieser Unterschiedlichkeit erwachsenden Tendenzen zur Hierarchisierung zwischen ihnen fertig? Wobei ich auf einen dritten Teil nur am Rande zu sprechen kommen kann, der darin besteht, daß unser Gedenken, zumal das an Auschwitz, notwendig ungenügend bleiben muß. Denn welches Gedenken könnte diesem über alle herkömmlichen Dimensionen so weit hinausragenden Verbrechen angemessen sein? Wie läßt sich das Gedenken an dieses Verbrechen den Zusammenhängen unseres Lebens einfügen?

1 Die Identitätsproblematik

Dem Aussprechen, klaren Benennen entsetzlicher Wahrheiten und Gefahren, dem gegenüber waltet unter den meisten Menschen eine gewisse, wohl nicht unberechtigte Scheu. Die große Zahl der Euphemismen, die die verschiedenen Sprachen gebildet haben, bietet einen guten Beleg dafür. Relativ leicht fällt dieses Benennen zwei Gruppen: erstens den eingefleischten Pessimisten, zweitens denen, die Anlaß haben, ihren Feinden solche Wahrheiten – und in unserem Fall solche Untaten – vorzuhalten. Relativ sehr schwer dagegen fällt es denen, die solche Wahrheiten, solche Untaten

direkt als Täter oder indirekt, etwa als Zugehörige eines sogenannten Tätervolkes, mit sich selbst, mit ihrem Ich oder Wir also, in Verbindung bringen müssen.

Um das an einem Beispiel zu illustrieren: 1973 setzte die Stadt Göttingen ihren früheren jüdischen Mitbürgern ein Denkmal mit der Inschrift „Berge werden weichen und Hügel werden wanken, aber meine Gnade wird nicht von dir weichen. Jesaja 54, 10. Zur Erinnerung an die 1938 niedergebrannte Synagoge und den Leidensweg der Jüdischen Gemeinde. Die Stadt Göttingen“. Das klingt, wie wenn dort wilde Horden von außerhalb eingefallen, die Synagoge angezündet und die Juden verschleppt hätten, und ruft eine Gnade an, die den Juden, zumindest in Göttingen, kaum zuteil geworden ist; vielen wahrscheinlich überhaupt nicht, jedenfalls nicht auf Erden.

In Brühl war um die gleiche Zeit auf einer Tafel von den „nationalsozialistischen Gewalttaten gegen unsere jüdischen Mitbürger“ die Rede gewesen. Dort hat man aber 1992 eine andere Tafel angebracht, auf der es heißt: „Am Morgen nach dem 9. November 1938 überfielen Brühler SA-Leute jüdische Mitbürger, verwüsteten ihre Wohnungen und schändeten die Brühler Synagoge.“ Da war deutlich neben dem Gedenken an die Opfer auch der Täter gedacht. Oder ein drittes Beispiel: zu Wien hat man an dem Haus, aus dem sich Egon Friedell 1938 gestürzt hat, zunächst eine Inschrift angebracht, wonach er „hier bis zu seinem tragischen Tod gelebt habe“. 1994 ist sie ausgewechselt worden. Man liest jetzt, daß er aus „Furcht vor der Ergreifung durch die SA in den Tod gesprungen sei“.

Die Täterschaft aber wird nicht nur vielfach und bis heute im unklaren gelassen, sondern sie wird auch falsch bezeichnet. Immer wieder hört man zum Beispiel, unter anderem in einer Erklärung des Bundespräsidenten Rau im September 1999, von Nazi-Armeen oder Nationalsozialisten, die am 1. September 1939 Polen überfallen hätten. Aber es tut mir leid, es waren nicht Nazi-Armeen, sondern es waren deutsche Armeen, Armeen des deut-

schen Reiches, in denen Nazis und Nicht-Nazis und auch Anti-Nazis kämpften, und dies vielfach sogar sehr ehrenwert. Viele Soldaten hätten dieses Prädikat, wenn überhaupt jemand auf die Idee gekommen wäre, es ihnen anzuhängen, weit von sich gewiesen. Mit Recht. Denn sie meinten, für Deutschland zu kämpfen, und wenn sie, soweit das der Fall war, ganz selten war es ja nicht, wußten oder mit der Zeit merkten, wer dieser Führer war, für den sie kämpften, und allmählich auch einsahen, wofür er sie einsetzte und verheizte, dann wurde die Sache für sie um so makabrer. Also, die Wahrheit ist, daß die Wehrmacht eine deutsche Armee war – im guten wie auch, und das nicht zuletzt, im bösen Sinne.

Man könnte diese Reihe noch fortführen, indem man etwa die Schlupflöcher benennt, welche die Auswege aus der bitteren Tatsache öffnen sollen, daß die Untaten zur Zeit des Zweiten Weltkriegs gegen Juden und viele andere deutsche Untaten waren, von der deutschen Regierung und deutschen Beamten oder Offizieren angeordnet, von einer sehr, sehr großen Zahl von Deutschen samt anderen, die sie in ihren Dienst nahmen, ausgeübte Untaten, die übrigens auch nicht möglich gewesen wären, wenn die deutschen Armeen nicht die Fronten verteidigt hätten, hinter denen sie geschehen sind. Gleichgültig, wer wieviel darüber wußte, das möge hier beiseite bleiben; die Bedeutung dieser Frage wird vielfach überschätzt.

Von dieser Wahrheit oder jedenfalls von ihrer Konsequenz und Radikalität hält man sich fern, indem man etwa davon spricht, dies alles wäre im deutschen Namen geschehen. Das ist zwar nicht falsch, aber hinter dieser Formel verschwinden allzu leicht die unendlich vielen Deutschen, die es ausgeführt, dazu beigetragen oder das Umfeld dafür bereitet haben. Nein, wir haben nicht nur unseren Namen dafür hergegeben, sondern es waren wirklich „unsere“, also deutsche Untaten.

Wieder andere Auswege sind die Fluchten in eine nichtssagende Betroffenheit, in Clichés oder in das, was ich Autoviktimisierung nenne, das heißt,

das nachträgliche Sich-Einreihen unter die Opfer, eine auf diesem Felde gar nicht so seltene Rollenverwechslung. Die einen *waren* früher die Opfer, und andere *spielen* sie heute.

Die Geschichte der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist am ehesten als Identitätsgeschichte zu verstehen. Nach einer ersten Phase großer Unsicherheit unmittelbar nach dem Krieg beginnt das große Verdrängen. Identitätshistorisch heißt das: das Gros der Deutschen versteht sich als das andere Deutschland im besten Sinne, das heißt zurückhaltend national. Wenn und sofern es unverzeihliche Untaten gegeben haben sollte, so sind sie nach damals vorherrschender Auffassung Hitler und der SS zuzuschreiben, von denen man sich ganz gern lossagte, auch wenn man nicht übersehen wollte, daß Adolf Hitler immerhin die Autobahnen gebaut hat, wie man später im Falle der DDR Honecker ja die Kinderkrippen zugute halten mußte. Auch ein Stück Identitätsgeschichte.

Seit den späten fünfziger Jahren (nicht erst seit den späten sechziger) aber wird immer deutlicher und unabweisbarer, was geschehen ist, daß nämlich nicht nur ein paar Hunderttausend Juden zufällig umgekommen sind, sondern daß es eine, zwei, ja sechs Millionen Juden waren, die planmäßig gemordet worden sind. Damals wird man nachdenklicher, offener. Auch die Zahl derer, denen man Schuld zuweisen muß, steigt, aber klar sind die Vorwürfe vor allem dort, wo sie Gruppen gelten, denen man sich nicht unbedingt zuzurechnen braucht, den Beamten etwa oder einigen Ideologen. Anschließend spaltet sich die Gesellschaft. Für die 68er ist die ganze BRD faschistisch oder faschistoid, jetzt sind sie alle schuldig, die Vorwürfe werden pauschaler, sie rufen Abwehr hervor, aber sie lassen sich nicht ganz zum Schweigen bringen, bis allmählich immer deutlicher wird, wie weit die Verursachung der Verbrechen verzweigt war. Ich übergehe jetzt einige Phasen wie die aufrührende Wirkung des Holocaust-Films 1979 und den Historikerstreit.

Interessant scheint mir vor allem zweierlei: Zunächst, daß eine deutsche Institution in diesen Auseinandersetzungen bis tief in die neunziger Jahre hinein tabu bleibt, das ist die Wehrmacht. Nicht daß Wissenschaftler nicht auch deren Verbrechen untersucht hätten! Aber für das allgemeine Bewußtsein blieb das zunächst ganz am Rande. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: In der Wehrmacht haben viele Millionen Deutsche Unerhörtes geleistet, viele Millionen haben ihr Leben verloren, unendlich viele andere sind durch Verwundungen zum Teil für ihr Leben gezeichnet worden. In dieser Wehrmacht hat man Väter, Brüder, Ehemänner, Verlobte, Freunde, Söhne und Enkel verloren, von den Leiden der Gefangenschaft und vielerlei anderen Folgen ganz zu schweigen Und wie sehr hatte man um sie alle gebangt und gezittert! Wie sehr fehlten sie lange Zeit! Da konnte und mußte man zwar mit der Zeit zugeben, daß diese Wehrmacht für einen Verbrecher und im Sinne eines Verbrechens gekämpft hatte, aber sie sollte doch wenigstens selber anständig geblieben sein. Hier war von vielerlei individuellen Verlusten her, aber ich vermute auch aus einem gewissen kollektiven Bedürfnis heraus, deutsche Identität aufs Stärkste getroffen. Hier hat sie sich also am entschiedensten und am längsten zur Wehr gesetzt.

Als die ihrerseits ja wohl ziemlich ungerechte erste Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht herauskam, war aber – und das scheint mir als zweites bemerkenswert zu sein – schon etwas anderes geschehen, der Triumphzug nämlich des Daniel Goldhagen durch Deutschland. Damals, 1997, war der Generationenwechsel und zugleich die Identitätsgeschichte so weit fortgeschritten, daß eine ganze Strömung im Lande bereit war, mit Goldhagen – trotz vieler berechtigter und weitgehender Einwände seitens Historiker jeglicher politischer Couleur – anzunehmen, daß die Deutschen sich nach vielen Generationen des Wartens, so hat es Goldhagen ja dargestellt, glücklich geschätzt hätten, als Hitler endlich bereit war, ihren so lange schon gehegten Wunsch, sich des Judentums zu entledigen, zu vollstrecken (wobei sie sich ihm dann als willige Vollstrecker auch gern zur Ver-

fügung stellen). Eines allerdings mußte Goldhagen, um ihren Beifall zu erringen, erklären, und er hatte es ja auch schon getan: Er mußte feststellen, daß das deutsche Volk ab 8. Mai 1945, 24.00 Uhr, ein anderes geworden war.

Jetzt war das gegenwärtige, und zwar nur das seit dem 8. Mai '45, 24 Uhr gegenwärtige Deutschland ein anderes. Unter diesem Aspekt ist identitäts-historisch eine eigentümliche Bereitschaft entstanden, das Ausmaß der Untaten und die Weite der Beteiligung daran voll und sogar übertreibend anzuerkennen. Je größer sie waren, um so weniger kann man die braven Deutschen nach dem 8. Mai 1945, 24 Uhr, damit behaften. So können sie eigentlich gar nicht groß genug sein. Nachdem die je gegenwärtigen Deutschen jahrzehntelang, gleichsam mit ihren Eltern in der Arena gestanden hatten, in die die Steine flogen, konnten sie sich jetzt endlich den Steinerwerfern zugesellen.

Martin Broszat hat 1986 geschrieben, „man solle nicht so tun, als sei die durch die Not erworbene moralische Sensibilität gegenüber der eigenen Geschichte ein kultureller und politischer Nachteil“. Das war und ist richtig als Argument gegen die Behauptung, es sei uns der „aufrechte Gang“ verwehrt worden. Nein, dieser Gang und manch ein anderer Vorzug ist uns gerade durch die Weise zuteil geworden, in der wir es mit unserer Vergangenheit aufnahmen. Allein, es verursacht auch Kosten, wenn man sich bei der Gelegenheit schließlich von der eigenen Geschichte lossagt. Es ist noch nicht abzusehen, was das bedeutet.

Möglicherweise ist die radikale Distanznahme der späten neunziger Jahre auch eine Konsequenz daraus, daß eine Erwartung, die die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit seit den vierziger Jahren begleitet und entlastet hatte, sich endgültig als trügerisch erwies, die Erwartung nämlich, daß irgendwann auch ein Schlußstrich gezogen werden könnte.

Gegenläufig zur Identitätsgeschichte in Hinsicht auf den Mord an den Juden verlief die andere Geschichte des Gedenkens an die deutschen Opfer, vor allem die der Vertreibung. Die Vertriebenen haben in den Anfängen der Bundesrepublik, wovon heute selten die Rede ist, eine sehr große Rolle gespielt. Seit etwa Mitte der sechziger Jahre, wenn ich mich recht entsinne, sind sie aber allmählich an den Rand gedrängt worden. Das eine hängt mit dem anderen zusammen (um hier die Erfordernisse der Ostpolitik, die damit natürlich auch tangiert war, beiseite zu lassen): je mehr sich das Bewußtsein von dem, was wir angerichtet haben, vertiefte, um so willkommener war es, den Verlust der Ostgebiete wie die Teilung Deutschlands als Strafe für Auschwitz anzusehen. Das war zwar historisch falsch, aber sehr praktisch. Die mit jeder Strafe der Absicht nach verbundene Resozialisierung wurde gleichsam allen Westdeutschen zuteil, obwohl die Strafe selbst nur die Ostdeutschen respektive die Vertriebenen traf. Eine fraglos schöne Lösung, die man sich so leicht nicht nehmen lassen wollte. Was sich daraus an Schwierigkeiten und Konsequenzen für unser Gedenkwesen ergibt, möge noch einen Moment dahingestellt bleiben.

Zuvor möchte ich mich auf die zweite Problematik unseres Gedenkwesens konzentrieren.

2 Probleme aufgrund der Hierarchisierung des Gedenkens

Es ist, um es zu wiederholen, notwendig, daß der Mord an den europäischen Juden ganz im Zentrum unseres Gedenkwesens steht. Dahinter muß anderes zurückstehen, wie die Massenmorde an den Zigeunern, die Morde an der polnischen Intelligenz, überhaupt die vielfältige Mißhandlung und Entwürdigung, Vertreibung und Zwangsarbeit gerade der Polen, die Erschießung oder zumindest fahrlässige Tötung von mehreren Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, die Ermordung von Geisteskranken, um von Geiselschießungen, Aufknüpfung ganzer Schulklassen und anderem zu schweigen.

Von diesen anderen Opfern ist in der Bundesrepublik im Unterschied zur DDR – die es natürlich mit den sowjetischen, aber wohl weniger schon mit den polnischen und nur anfangs und am Ende auch mit den jüdischen Opfern zu tun hatte – weniger oder gar nicht die Rede gewesen. Das Gedenken selbst war eher pauschal, sofern es sich nicht speziell auf die Juden bezog. Das läßt sich an der Geschichte des zentralen bundesrepublikanischen Denkmals ablesen, an dem auswärtige Staatsbesucher ihre Kränze niederlegen sollten. Man hatte zunächst eines im Bonner Hofgarten aufgestellt; nach einem Zwischenstadium in Bonn ist dann die Neue Wache als dieses Denkmal hergerichtet worden. Es gilt allen Opfern, sowohl denen der NS-Zeit wie denen der DDR-Diktatur – das jedenfalls war sein ursprünglicher Sinn. „Den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft“ stand in Bonn darauf. Eingeweiht wurde, man kann sich das heute kaum mehr vorstellen, dieses Denkmal für die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft am 16. Juni 1964, also am Vorabend des 17. Juni, und der erste Kranz, den der Bundespräsident dort niederlegte, galt den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft, nicht den Juden; keinem anderen. Übrigens ist der Ausdruck „Gewaltherrschaft“ für das NS-Regime auch nicht gerade günstig gewählt, denn schließlich handelte es sich da nicht nur um eine normale Gewalt-, sondern schließlich um eine Ausrottungsherrschaft (in voller Konsequenz gegenüber den Juden, in minderer gegenüber anderen). Das geht weit über das hinaus, wessen sich Gewaltherrschaften normalerweise befleißigen. Noch ein Euphemismus also, eine Überschrift, die sich der antitotalitären Front von damals verdankte.

Mit einer kleinen Änderung, jetzt heißt es „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“, ist diese Inschrift Anfang der neunziger Jahre in der Neuen Wache übernommen worden, in einer Zeit, als man bei einigem Nachdenken schon auf angemessenere Lösungen hätte kommen sollen, was die Inschrift angeht. Aber es war dem damaligen Bundeskanzler ja noch nicht einmal bewußt, daß das Motiv der Pietà, das die Kollwitz-Plastik darstellt,

mit seinen antisemitischen Assoziationen denkbar ungeeignet war, um auch der Juden zu gedenken. Deswegen hat der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlins sich 1993 geweigert, an der Einweihung teilzunehmen, und statt dessen einen Protestzug zu den ehemaligen Befehlszentralen des NS-Regimes angeführt. Die Teilnahme des Zentralratsvorsitzenden aber hatte einen Preis, nämlich die Stiftung des von Walter Jens so genannten Reichsopterfeldes für das Holocaust-Denkmal.

Der Verein derer, die sich für dieses Denkmal einsetzten, fand, es solle nur der Juden gedenken, und das war sein gutes Recht. Indem aber die Regierung sich darauf einließ, dieses Denkmal als ein öffentliches Denkmal herzustellen, vertiefte sie die Unausgeglichenheit des öffentlichen staatlichen Gedenkwesens. Was ein solch spezielles Denkmal für diese, in der Tat die wichtigste, Opfergruppe bedeutet, hat Rudolf Kraft schon am 24.7.1992 in der „Zeit“ ausgemalt unter der Überschrift „In trennendem Gedenken“. Er stellt sich vor, daß dort ein künftiger Fremdenführer eine Touristenführung macht. „Als höchstes Bauwerk des Areals erkennen Sie in der Mitte das Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden. Es steht auf unterirdisch begehbaren Erlebnisräumen, in denen auch die Büros der Erlebnispädagogik und Mediothekare untergebracht sind. Nein, meine Dame, nicht im ehemaligen Führerbunker, der liegt noch zehn Meter tiefer und ein bißchen weiter rechts. Linker Hand sehen Sie jetzt das Holocaust-Mahnmal II für die ermordeten Sinti und Roma. Rechter Hand erhebt sich die Reichskanzlei-Gedenkstätte, ein Tunnel führt von dort zur nahegelegenen Gedenkstätte Topographie des Terrors auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände. Dort drüben, schräg rechts, das dreißig Meter hohe Dreieck aus rosa Granit ist ein Mahnmal für die ermordeten Homosexuellen. Der noch etwas größere rote Stern aus rotem Granit, nein, meine Dame, nicht der Davidstern, der gehört zum Holocaust-Mahnmal, also nicht der sechseckige, sondern der fünfzackige Stern, der erinnert an die kommunistischen Widerstandskämpfer.“

Dabei sind die Geisteskranken, die sowjetischen und die polnischen Opfer noch nicht einmal aufgeführt.

Man muß sich deutlich vor Augen halten, was da passiert ist. Nachdem man 1993 die Bündelung der verschiedenen Opfergruppen, übrigens auch zusammen mit Tätergruppen, denn manch ein gefallener deutscher Soldat hatte natürlich an Judenerschießungen teilgenommen, also nachdem man die Bündelung verschiedenster Opfergruppen 1993 auf doch wohl eher unüberlegte Weise neuerdings vorgenommen hatte, sah man sich genötigt, für die Juden ein Extradenkmal zu errichten, was aber zur Folge hatte, daß der Opferverbund in diesem Punkt aufgelöst wurde und daß alle verschiedenen Opfergruppen nun je für ihre eigenen Ansprüche ringen müssen.

Das stellt jede Gruppe – Zigeuner, Homosexuelle schon länger, nun auch die Vertriebenen und eigentlich auch schon, wenn man genauer hinhört, die Polen –, vor das Problem, ob sie nicht nun auch ihrerseits ein Extradenkmal haben müßten.

Adam Krzemiński, der sehr kluge, abgewogen urteilende polnische Deutschlandexperte, hat dazu kürzlich bemerkt: „Schon der Bau des Holocaust-Mahnmals in Berlin war in Polen als eine Reduktion der Opfer des deutschen Völkermords im deutschen Bewußtsein allein auf eine Opfergruppe – die Juden – sowie die fast vollständige Verdrängung der am polnischen Volk begangenen Verbrechen, angefangen mit der planmäßigen Ermordung der polnischen Führungsschicht – Politikern, Intellektuellen, Lehrern und Priestern – bis hin zu den Massenvertreibungen bereits im Jahre 1939, empfunden worden. Eine Errichtung des Zentrums gegen Vertreibung in Berlin dagegen würde – entsprechend den Thesen von Ernst Nolte im ‚Historikerstreit‘ – im deutschen Geschichtsbewußtsein im 21. Jahrhundert ein moralisches Gegengewicht zum Holocaust schaffen. Um so mehr, als das Zentrum (...) in der Nähe des Holocaust-Mahnmals und in inhaltli-

cher Verbindung zu ihm entstehen sollte.“ Womit Ursachen und Folgen völlig vertauscht sind – in Hinsicht auf die Polen.

Ich möchte die Frage, ob dieses Zentrum mit allem gebotenen Geschick betrieben worden ist und wird, und die weitere Frage, wie es ausgestaltet werden soll, falls es zustande kommt, hier beiseite lassen. Die Gegenreaktion in Polen ist jedenfalls von einer solchen, geradezu erstaunlichen Heftigkeit, daß man sie kaum allein auf Ungeschicklichkeiten der Betreiber zurückführen kann. Adam Krzemiński hat das auch dargelegt, hat auf tektonische Verschiebungen in der polnischen Öffentlichkeit hingewiesen, auf renationalisierende Tendenzen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt, aber dann eben auch bemerkt, in Polen befürchte man, daß die Granitstelen des Holocaust-Mahnmals wie auch die Backsteinrotunde zur Erinnerung an die deutschen Vertriebenen die deutsche Geschichte ausbalancieren würden. Die Polen dagegen kämen im deutschen Bewußtsein allein in der Rolle der Verursacher der größten Katastrophe in der deutschen Geschichte, nämlich der deutschen Vertreibungen, vor, zumal man ihnen dann auch noch vorhalte, was sie Ukrainern und Juden angetan hätten. (Gerade das Letztere, der in Polen verbreitete Antisemitismus könnte übrigens als Alibi zu einer gewissen Vernachlässigung der polnischen Opfer geführt haben).

Hier scheint sich die Unausgeglichenheit unseres Gedenkwesens höchst schmerzlich auszuwirken, und zwar insofern, als man weit über das Notwendige hinaus die Polen, die wie kein anderes Volk um ihre Elite gebracht, dezimiert und mißhandelt worden sind, vernachlässigt hat. Der Kniefall Willy Brandts erfolgte vor dem Denkmal nicht des Warschauer Aufstands der Polen (das es noch gar nicht gab), sondern vor dem des Ghetto-Aufstands der polnischen Juden und hatte insofern einen besonderen Akzent. Gleichwohl, es gab verschiedene gute Reden und Gesten den Polen gegenüber. Allein, reicht das in einer Lage, da so viel Wert auf die Manifestation des Gedenkens in Monumenten gelegt wird? Vermutlich hät-

te man es an diesem Punkt nicht bei der landesüblichen Gedankenlosigkeit belassen dürfen. (Anders liegt das Problem bei den Russen: Eine Großmacht unterliegt gewissen Hemmungen bei der Reklamation der Anerkennung ihrer Opfer).

Was aber ist mit den Deutschen? Eines war schon immer fest verankert: das Gedenken an die Gefallenen der Wehrmacht. Aber was ist mit den Opfern des Luftkriegs, was mit denen der Vertreibung, was schließlich mit denen der deutschen Teilung, also der sowjetischen Besatzung und der DDR? Nach Adam Krzemiński nimmt die Mehrheit der öffentlichen Meinung in Polen das Vertriebenenzentrum als „Ausdruck für historischen Revisionismus und als bewußte Verschiebung der Relationen zwischen Tätern und Opfern wahr“. Vielleicht ist da doch etwas Richtiges dran.

Aber grundsätzlich muß das Gedenken an die deutschen Opfer, etwa von Luftkrieg, Vertreibung, Vergewaltigung keineswegs auf eine Verleugnung oder auch nur eine Verminderung all dessen hinauslaufen, was von Deutschland und von Deutschen an Untaten verübt worden ist. Und wenn man das weder leugnet noch vermindert noch auch versteckt, sondern im Gegenteil gebührend zum Ausdruck bringt, dann ist nach meiner Überzeugung überhaupt nicht einzusehen, warum der deutschen Leiden nicht angemessen und warum nicht auch in einem Berliner Zentrum gedacht werden soll.

Man muß allerdings bedenken, daß auf allem Gedenken an die Vertreibung einige schwere Hypotheken liegen – nicht nur die Erinnerung an Ansprüche auf Rückgabe der Ostgebiete durch die Vertriebenen selbst, sondern – und das gilt für Vertreibung wie Luftkrieg – auch Versuche der Aufrechnung sowie insgesamt die Festlegung der Deutschen auf die Täterrolle. Man soll heute ja möglichst Opfer sein, und da wird es schwierig, wenn sich plötzlich ein Täter zwischen die Opfer drängeln will.

Péter Esterházy hat jüngst in seiner Friedenspreisrede bemerkt: „Die eigenen Missetaten durch die deutschen Missetaten zu verdecken, ist eine europäische Gewohnheit.“ Und von dieser Gewohnheit gilt natürlich, was von Gewohnheiten überhaupt gilt: man bleibt ihnen am liebsten treu. Darin will man nicht gestört werden, zumal es Unbequemlichkeiten mit sich brächte, davon abzusehen. Vielleicht ist es auch deswegen, daß Günter Grass das Leid der Vertreibung in seinem Buch über die Gustloff nicht um seiner selbst willen sich vornehmen zu sollen meint, was er meines Erachtens durchaus hätte tun können, sondern um das Thema nicht „den Rechtsgestrickten“ zu überlassen. Er läßt den jungen Konrad Pokriefke, der so viel dazu tat, das Ereignis wieder ins Bewußtsein zu rufen, sagen, er habe vom Auschwitzgerede seiner Mutter die Nase voll gehabt. Läuft es also nicht auf ein Entweder-Oder des Gedenkens hinaus? Bringen Deutsche als Opfer die für viele bequeme Symmetrie durcheinander?

Mit diesen Fragen geraten wir in die Enge, und die ist für unsere Lage bezeichnend. Vertreibung und Flucht – was sich hinter diesen dürren Worten verbirgt, ist Mord, Vergewaltigung, Tod durch Erschöpfung, Erfrieren, Ertrinken, übrigens auch Verschleppung in die Sowjetunion. Es ist Trennung von Familien, Versprengung von Kindern, Verlust von Nächsten, Hunger, Elend, Demütigung, vom Drangeben der Häuser, der Höfe, der Habe, der Heimat – und von all den Ängsten, die damit verbunden waren – zu schweigen. Und das für fünfzehn Millionen Menschen. Und dann soll dessen nicht gedacht werden? Ähnlich Entsetzliches kann man vom Luftkrieg sagen, der etwa 600.000 Menschenleben gekostet hat in Deutschland. Weit darüber hinaus ging die Zahl derer, die dadurch Haus und Habe verloren. Und kein Mensch kann uns weismachen, daß das eine Viertel der Deutschen, das von Vertreibung und Luftkrieg getroffen war, schuldiger war als die anderen drei Viertel.

Kein Mensch aber kann auch behaupten, daß die Deutschen jener Zeit – eine Generation, die in der Tat einzigartige Verbrechen zu verantworten hat, die aber auch auf verschiedenste Weisen weit überansprucht worden ist – allesamt Schweine, Schurken und Verbrecher gewesen wären. Im Gegenteil, viele Millionen Deutsche haben sich mehr oder weniger anständig – und zum Teil unter großen Schwierigkeiten und Bedrängnissen – unter diesem Regime behauptet, ihre Arbeit getan, ihre Kinder großgezogen, sind Soldaten gewesen, ohne unbedingt an Verbrechen (es sei denn indirekt) beteiligt gewesen zu sein. Vielfach haben sie Zivilcourage bewiesen, unter Gefahren und in einem Ausmaß, zu dem heute, innerhalb unserer Demokratie, wenige bereit sind. Aber all das will wenig besagen, da das Deutschland jener Zeit unter das Vorzeichen und den Generalverdacht der Verursachung von Auschwitz gerückt ist. Mutatis mutandis geschieht ähnliches mit vielen DDR-Bürgern, die sich gegen die Zumutungen des Regimes vergleichsweise tapfer behauptet haben und heute allzu leicht dem Generalverdacht des allgemeinen Mitmachens ausgesetzt sind.

Bei diesem Blick auf das nachträgliche Erscheinungsbild des Gros der damals lebenden Deutschen geht es indes nicht um ein Problem des Gedenkwesens selbst, immerhin um eines des allgemeinen Bewußtseins oder, sagen wir, der allgemeinen bewußt/unbewußten Auffassungen von unserer Geschichte, in die das Gedenkwesen eingebettet ist und auf die es sich natürlich auch auswirkt.

Das deutsche Gedenkwesen ist mithin ein Feld voll heikler, letztlich unlösbarer Probleme (und Fallen). Wohl ist vielerlei Gedenken nebeneinander möglich. Mit den Kreisen derer, von denen es ausgeht, muß die Akzentuierung unterschiedlich sein. Allein, wie man sieht, lassen sich die verschiedenen Gegenstände und Ansprüche keineswegs einfach gegeneinander isolieren. Sie machen zusammen ein Ganzes aus. Der Rang der Anteile bestimmt sich aus ihrem Verhältnis zueinander. In der Zentrums-, Denk- und

Mahnmalsarchitektur wird das nur besonders handgreiflich. Was, wie das Vertriebenenzentrum, als etwas Zusätzliches gemeint ist, nimmt relativ gesehen (und so muß man das sehen) anderen etwas weg. Es verwandelt die Relationen nicht nur zwischen Tätern und Opfern, sondern auch unter den Opfern. Letztlich geht eins auf Kosten des anderen. Ausgewogenheit ist nicht herzustellen. Unausgewogenheit (worin immer sie erscheint) muß von irgendeinem Punkt an schädlich sein.

Die ganze Heikelkeit der Problematik wird sich am 8. Mai 2005 wieder schmerzlich bemerkbar machen, jenem Tag an dem sich ein unendlich mannigfaltiges Gedenken zumal in Berlin konzentriert. Das beginnt mit der Frage, was für ein Tag das für uns ist. Gewiß ein Tag der Befreiung, zumindest im Endeffekt, wenn auch nur recht eingeschränkt für die Ost- und Mitteldeutschen. Aber ist es für uns nicht auch der Tag eines Zusammenbruchs unerhörten Ausmaßes? Und ein Tag der Beschämung und der Trauer? Es geht doch nicht nur um die Zukunft, die 1945 eröffnet wurde, sondern auch um die Vergangenheit, die damals zu einem Ende kam oder zu kommen begann.

Wenn ich an die Wochen vor dem 8. Mai 1995 zurückdenke, wo unsere Staatsfrauen und -männer wie die begossenen Pudel dastanden, und das im Gedenken an unsere Befreiung, dann scheint mir die alleinige Herausstellung des Befreiungsaspekts schon aus ästhetischen Gründen nicht angebracht zu sein.

Man wird die verschiedenen Bedeutungen dieses Tages auseinanderhalten müssen. Für die Welt war es der Tag der Befreiung von einem ihr aufgezwungenen Krieg; von einem die Menschheit bedrohenden (nämlich Verbrechen gegen die Menschheit begehenden) Regime; von der Militärmacht, die es sich angeeignet und aufgebaut (und die sich ihm zur Verfügung gestellt) hatte. In die Reihe der Befreiten gehören (was immer über die damaligen An- und Absichten aller Beteiligten zu sagen wäre und wel-

che unmittelbaren Konsequenzen das für viele zunächst auch hatte) die Deutschen und haben Dank dafür zu zollen.

Für Deutschland selbst aber, genauer: für das Gros der Deutschen, war es zugleich Tag der Niederlage in einem Krieg, der, so verbrecherisch er weithin war, trotzdem von den meisten für das eigene Land geführt worden war.

So ist das Gedenken geboten und gerechtfertigt für die Opfer der Verbrechen, die Opfer des verbrecherischen Krieges wie für die eigenen Opfer. Nur ist es nicht leicht, das alles in gebührender Differenzierung zusammenzubringen.

Und das Gedenken hat zu erfolgen in einer Zeit, die sich sechzig Jahre, also zwei Generationen, von 1945 entfernt hat. Ja was der Kalender anzeigt, wird noch weit übertroffen von dem, was Deutschland, Europa und die Welt derweil als Strecke eines aktuellen, einschneidenden Wandels zurückgelegt haben.

Was damals zu Ende ging, ist in manchem noch ganz frisch. Die Wunde, die Israel beigebracht wurde, kann sich so bald kaum schließen. Indem sie immer neu aufbricht, müssen sich die Deutschen immer neu in die Täterrolle verstrickt sehen; und nicht nur aus diesem Grunde. Auch in Zukunft mögen, wie schon verschiedentlich, Wellen des großen Erschreckens angesichts der unglaublichen Verbrechen über das Land und die Welt gehen.

Andererseits ist die deutsche wie alle anderen Gesellschaften seit 1945 fast gänzlich ausgewechselt. Und wir sind längst eingebettet in die Europäische Union und die Völkergesellschaft, müssen unseren Geschäften nachgehen, unsere Interessen vertreten; und tun es inzwischen mit einem – übrigens gedenkengestützten – bemerkenswerten Selbstbewußtsein. Wer sonst hat ein solch Riesendenkmal, wie wir es am 10. Mai 2005 einweihen werden?

Der Neuanfang nach dem Kriege stand im Zeichen der klaren Verurteilung des in Deutschland und von Deutschland aus zwischen 1933 und 1945 Geschehenen. Sie war zugleich die Voraussetzung für die sehr rasche Aufnahme der Bundesrepublik in die westlichen Bündnisse. Die Rolle als Tätervolk, als Verursacher schlimmster Großverbrechen ist seitdem nur klarer geworden. Wir werden sie kaum loswerden; auch wenn man uns in Europa darin beizustehen sucht.

Aber eines scheint mir möglich, ja notwendig zu sein: Zu den Aufgaben, die mit der zeitlichen Entfernung umso dringender werden, gehört es, lebhaftere Vorstellungen von Handeln und Leiden, vom Leben in jener Zeit immer neu zu erzeugen. Vorstellungen nicht in Schwarz-Weiß, sondern in den vielen sehr verschiedenen Grautönen, in denen Menschen gerade auch in extremis erscheinen. Es muß das Exemplarische daran deutlicher werden. Man darf es sich nicht leicht machen. Man muß klar bezeichnen und verurteilen, was zu verurteilen, aber auch genau zu bezeichnen und zu verstehen suchen, was zu verstehen ist. Darin wäre Gerechtigkeit zu suchen, Gerechtigkeit auch für viele Deutsche von damals. Und die Starrheit der Fronten, die sich gerade im Gedenken so leicht zeigt, könnte wenigstens gelockert werden. ■

Stellungnahmen

Das Nachdenken über Geschichte

anregen

Hermann Schäfer

Das Haus, das ich vertrete, hat im Juni 2004 den 10. Jahrestag seiner Eröffnung gefeiert; Bundespräsident Johannes Rau gab uns zu diesem Anlaß die Ehre. Wir haben im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn mittlerweile über neun Millionen Besuche in unserer Dauerausstellung und in unseren über 40 Wechselausstellungen gezählt. Und ich wette, dass die meisten von Ihnen – Historiker, Politologen, Journalisten sowie Mitarbeiter von Museen und Gedenkstätten – schon bei uns waren. Zwei

demoskopischen Forschungsinstitute haben zudem repräsentativ ermittelt, dass 43 Prozent der Bundesbürger das Haus der Geschichte in Bonn kennen.

Allerdings werden sich die wenigsten von Ihnen – erst recht nicht die breite Öffentlichkeit – daran erinnern, dass die Gründungsphase der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von heftigen politischen Auseinandersetzungen geprägt war. Es wurde damals unterstellt, dass wir ein wichtiger Teil der von Bundeskanzler Helmut Kohl apostrophierten „geistig-moralischen Wende“ seien. Von „Entsorgung der Geschichte“ und von „Weißwaschung deutscher Traditionen“ war seinerzeit die Rede. Ein anderes Vorurteil besagte, dass wir Identität stiften wollten. Damals wie heute erklärte ich, dass es nicht unsere Aufgabe sei, eine normierte, stromlinienförmige Identität vorzugeben, vielmehr sei es unser Ziel, das Nachdenken über Identität und über Geschichte allgemein anzuregen. In manch' „schwerer Stunde“ – dies nur in Anführungszeichen und am Rande – habe ich damals meine israelischen Kollegen beneidet. Die vielen handwerklich hervorragend gemachten Museen in Israel stehen nämlich eindeutig zu ihrem Auftrag, Identität zu stiften. Es kommt wohl nicht von ungefähr, dass dort etliche Museumsdirektoren ehemalige Generale sind.

Seinerzeit bin ich oft mit einem Ministerialbeamten verwechselt und – *horribile dictu* – für einen Juristen gehalten worden. Wer meine Biographie kennt, weiß, dass ich Historiker mit Leib und Seele bin. Ich habe jedenfalls seit meinem Amtsantritt im Jahre 1987 mein Ziel darin gesehen, das Haus der Geschichte transparent aufzubauen. Gleichwohl konnte niemand die immense Erfolgsgeschichte unseres Museums vorhersagen, die dann am 14. Juni 1994 mit der Eröffnung begann – auch ich nicht, auch wenn ich sie erhoffte und erträumte. Wir haben selbstverständlich an unsere Arbeit geglaubt, doch das Ausmaß unseres Erfolges hat alle Erwartungen übertroffen: Mittlerweile gibt es beispielsweise in Deutschland dreizehn Initiativen,

welche den Namen „Haus der Geschichte“ bereits tragen oder intendieren, eine Institution unter solcher Bezeichnung ins Leben zu rufen. Zudem hat uns niemand vorhergesagt, dass gerade der Europarat den Beschluß fassen würde, allen Europaratsstaaten die Errichtung von Museen nach dem Vorbild des Hauses der Geschichte in Bonn zu empfehlen. All dies sind nur kleine Ausschnitte unserer Erfolgsbilanz, über die ich gemeinsam mit meinen Mitarbeitern nicht nur froh, sondern auch stolz bin. Kunst kommt eben von können – und hat viel mit Fleiß, Engagement, Zähigkeit und Zielstrebigkeit zu tun.

Dass die übergroße Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die während der Aufbauphase zuweilen eher hinderlich schien, auch positiv gewirkt hat, möchte ich an dieser Stelle nicht unterschlagen. Im Zusammenwirken mit unserer Stiftungsstruktur hat das Interesse der Öffentlichkeit uns geholfen, unabhängig zu bleiben. Diese Unabhängigkeit ist bis heute geblieben.

Eine besondere Auszeichnung unserer Arbeit war allerdings die Möglichkeit, in Leipzig unser Zeitgeschichtliches Forum errichten zu dürfen. Dieses moderne Museum im Herzen der Stadt, neben Bonn das zweite Haus unserer Stiftung, widmet sich dem Themenschwerpunkt Widerstand und Repression in der SBZ/DDR vor dem Hintergrund der deutschen Teilung. Die Dauerausstellung wurde am 9. Oktober 1999 durch Bundeskanzler Gerhard Schröder eröffnet.

Durch unsere beiden Museen in Bonn und Leipzig sind wir in der sehr vorteilhaften Position, den Umgang der Deutschen mit geschichtlichen Themen in West und Ost vergleichen zu können. Wie Sie sicher wissen, war die Stiftung stets ein Vorreiter der Besucherforschung in Deutschland, und so verfügen wir über eine Vielzahl von Befragungen, die sich nicht nur mit der Qualität unserer Arbeit auseinandersetzen, sondern auch weiterführende Fragen zum Beispiel nach historischem Interesse stellen. Kurz gesagt: Die Beschäftigung mit Geschichte ist in Westdeutschland viel stärker aus-

geprägt als im Osten unseres Vaterlandes. Es ist eine unserer Aufgaben, dieses Defizit auszugleichen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelingt es uns mittlerweile recht gut, Lehrer und ihre Schulklassen zu einem Besuch im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig zu motivieren. Während in den ersten Jahren doch eine große Reserve – vor allem bei den Lehrern – festzustellen war. Leider Gottes ist es allerdings so, dass die DDR in vielen Lehrplänen nicht mehr behandelt wird. Die Diskussion um die Rolle des 17. Juni im vergangenen Jahr – aus Anlaß seiner 50. Wiederkehr – hat dies überdeutlich gemacht: In einigen Lehrplänen fehlt dieser wichtige Jahrestag gänzlich. Zudem belegen demoskopische Erhebungen, dass gerade in den jungen Generation kaum noch gesichertes Wissen über die Geschichte der SBZ/DDR vorhanden ist. Wir müssen also zu großen Teilen Neuland betreten.

Wenn Sie erlauben, werde ich nun auch auf den Vortrag von Herrn Meier eingehen, dessen Ausführungen sehr bedenkenswert waren. Es stellt sich doch die Frage, was in unserem fein austarierten und hochgradig bürokratischen Erinnerungswesen bisher zu wenig Beachtung gefunden hat. Für mich liegt es auf der Hand, dass bis heute die positiven Aspekte der deutschen Geschichte, die es eben auch gibt, zu kurz gekommen sind. Herr Meier sprach etwas abfällig über Ersatzidentitäten und meinte zum Beispiel die D-Mark und den Sozialstaat. Ich für meinen Teil möchte anmerken, dass ich heilfroh über diese Identitätssplitter bin, denn sie beschreiben gute Traditionen, an denen festzuhalten, sich gewiß lohnt. Noch heute werde ich oft gefragt, ob die Dauerausstellung im Haus der Geschichte nicht die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland präsentiert. Ich antworte stets mit einer Gegenfrage: Was denn sonst? Fünfzig Jahre Frieden, Wohlstand und Demokratie sind in der deutschen Geschichte ein Solitär.

Hinzu kommt, dass sich die Deutschen in der Bundesrepublik im Gegensatz zum gebetsmühlenhaft wiederholten Vorwurf, dass sie die Geschichte

des „Dritten Reiches“ gekonnt verdrängt hätten, früh und intensiv mit diesem dunkelsten Kapitel auseinandergesetzt haben. Wenn ich die internationalen Vergleiche zur Aufarbeitung der Geschichte in unterschiedlichen Gesellschaften betrachte, dann liegt es auf der Hand, dass sich die Deutschen cum grano salis mit Demut und Offenheit diesem schwierigen Thema gestellt haben.

Selbstverständlich gibt es auch Defizite in unserer Erinnerungskultur. Doch bevor ich dies anspreche, möchte ich darauf eingehen, dass Herr Meier den Begriff Gewaltherrschaft als Euphemismus gegeißelt hat. Meiner Ansicht nach kann man darüber trefflich streiten, doch scheint mir die Auffächerung des Begriffs wenig sinnvoll. Ist es wirklich erkenntnisfördernd, wenn wir Adjektive wie „brutale“ oder „weniger brutale“ Gewaltherrschaft hinzufügen? In diesem Zusammenhang scheinen mir auch die Bezeichnungen „moderne Diktatur“ oder „kommode Diktatur“ in bezug auf die DDR mehr als inadäquat, ja geradezu schönfärberisch.

Ich möchte auch bezweifeln, ob es in der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung den Wunsch nach einem Schlußstrich gegeben hat und heute immer noch gibt. Gleichwohl ist es natürlich richtig, dass ein ausschließliches Schwergewicht auf zwölf Jahre deutscher Geschichte eine zu enge Perspektive darstellt. Einseitigkeiten und Verabsolutierungen tragen nicht zur Aufklärung bei, vielmehr erreichen sie oft das Gegenteil. Wenn wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern wollen, dann müssen wir mit einem gerüttelt Maß an Selbstbewußtsein in die Zukunft gehen.

Eines, verehrter Herr Meier, hat mich an Ihrem Vortrag besonders gestört. Es war Ihr Hinweis auf die „Wehrmachtsausstellung“ und das sie umgebende Gerücht, die Verbrechen der Wehrmacht seien ein Tabu in der Bundesrepublik gewesen. Jeder Zeithistoriker weiß, dass dieses Thema seit Ende der 1950er Jahre immer wieder aufgegriffen worden ist. Ich könnte eine ganze Reihe von einschlägigen Studien nennen. Eines ist jedenfalls klar,

die Geschichtswissenschaft – national und international – hat diesen Themenkomplex frühzeitig und auf beeindruckendem Niveau behandelt. Anders sieht es bei der Vermittlung dieser Forschungsergebnisse in die breite Öffentlichkeit aus. Dort existieren kaum Kenntnisse. Dieses Problem bezieht sich jedoch nicht allein auf dieses komplexe Thema. Sie alle wissen, dass historisches Wissen äußerst spärlich in der deutschen Bevölkerung vorhanden ist. Dies ist sicher ein großes Problem, aber es ist auch ein politischer Skandal, weil der Geschichtsunterricht in Deutschland immer stärker gekürzt wird.

Besonders gestört hat mich an der Art und Weise, wie dieses Thema in der Öffentlichkeit behandelt wurde, dass die Debatte des Deutschen Bundestages über die „Wehrmachtsausstellung“ gleichsam auf brüchigem Fundament geführt wurde. Denn bekanntlich ist die Ausstellung eingestampft worden, da sie nicht nur mit handwerklichen Fehlern zu kämpfen hatte, sondern darüber hinaus teleologisch zugespitzt war und keinen Raum für Differenzierungen ließ. Es sollte schlicht und einfach ein moralisches Verdammungsurteil über eine ganze Generation gefällt werden.

Zur besseren Verdeutlichung meines Punktes, der in der Tat einen Schwachpunkt unserer Erinnerungskultur aufdeckt, möchte ich eine Analogie anführen. Stellen Sie sich vor, der Deutsche Bundestag hätte eine Architekturdebatte anhand eines herausragenden Bauwerks geführt, und wenige Monate nach der parlamentarischen Aussprache wäre das Gebäude kollabiert. Oder es wäre über ein wichtiges Patent debattiert worden, das sich rasch als Fälschung herausgestellt hätte. Glauben Sie nicht, dass das Hohe Haus sich bemüßigt gefühlt hätte, das Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen? Nichts dergleichen in unserem Fall! Und daher frage ich mich, was es mit der Erinnerungskultur im Bundestag auf sich hat, wenn die dort vertretenen Abgeordneten sich nicht an die eigene Brust klopfen und sagen: „Wir müssen diese Debatte wiederholen.“ ■

Die Lehre aus beiden Diktaturen ziehen

Richard Schröder

Dass der Vergleich der NS-Diktatur und der SED-Diktatur auf Widerspruch stößt, hat mich sehr verwundert, zumal es doch bei jedem Vergleich neben dem Gemeinsamen auch um die Unterschiede geht. Der Widerspruch wird oft damit begründet, dass solches Vergleichen den Mord an den Juden verharmlose oder relativiere. Das trifft aber nur zu, wenn die Opfer der beiden Diktaturen die Pointe des Vergleichens sein sollen. Hier führt tatsächlich schon die Absicht des Vergleichens in die Irre, schon deshalb, weil die Sowjetische Besatzungszone und die DDR der frühen fünfzi-

ger Jahre den Stalinismus gar nicht in seiner ganzen Härte erleben mußten. Anders steht es aber mit dem Diktaturenvergleich selbst. Ich habe gesagt, wir müssen auch unsere Geschichten vereinigen. Damit meine ich zuerst die 40 Jahre, die wir getrennt gelebt haben, dann aber auch, wie in diesen 40 Jahren die Zeit des Nationalsozialismus gesehen und beurteilt worden ist. Und da ist für mich der entscheidende Punkt: Die SED hat sich selbst auf die Zeit des Nationalsozialismus legitimatorisch bezogen, durch ihren Antifaschismusmythos.

In Kurzfassung sah das so aus: Die Nazis, das waren die anderen, die jetzt im Westen sitzen. Die DDR steht auf Seiten der Sieger der Geschichte.

Das war ein krasses Beispiel dafür, wie man aus der Geschichte das Falsche lernen kann. Wie war es möglich, dass deutsche Kommunisten, die von den Nazis verfolgt worden waren, an der Errichtung der zweiten Diktatur aus Überzeugung mitwirkten? Diese Frage müssen sich auch diejenigen Westdeutschen stellen, die auf ihre Weise den Antifaschismus-Mythos rezipiert haben, den Staat des Grundgesetzes als mindestens faschistoid eingestuft haben und an den „sozialistischen“ Staaten immerhin zu loben mußten, dass dort die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ abgeschafft sei.

Der Selbstbezug der SED auf die Nazizeit hat wenig oder nichts zu tun mit dem Thema des Historikerstreits. Damals ging es um die Frage, wie sich der stalinistische Terror in der Sowjetunion zum Naziterror verhält. Und da widerspreche auch ich der Auffassung, man könne eine gewisse Entlastung für die Naziverbrechen daraus gewinnen, dass Stalins Gulag älter sei als die Vernichtungs-Konzentrationslager. Ich möchte nicht Stalins und Hitlers Terror vergleichen, sondern die beiden Diktaturen auf deutschem Boden. Da steht mir der Kontrast vor Augen zwischen der radikalen Diskontinuitätsbehauptung des Antifaschismus-Mythos und den tatsächlichen, mit Händen zu greifenden Kontinuitäten beider Diktaturen. Ich will das aus

meinem Erleben illustrieren. Ob mein Vater ein begeisterter Demokrat war, mag dahingestellt bleiben. Aber er war ein überzeugter Rechtsstaatler. Von früher Kindheit an hat er mir den Blick dafür geschärft, dass die DDR kein Rechtsstaat ist, dass die Verfassung nur auf dem Papier steht und dass dies, die Absage an den Rechtsstaat, erst die Naziverbrechen ermöglicht hat. Noch augenfälliger war folgendes Erlebnis. Es gab in meiner Geburtsstadt Frohburg in Sachsen ein HJ-Heim und einen HJ-Fanfarenzug mit Landknechtstrommeln. Die zogen bei politischen Massenaufmärschen durch den Ort. Etwa 1950 wurde das HJ-Heim in FDJ-Heim umbenannt, die Beschriftung der Trommeln von HJ in FDJ und JP (Junge Pioniere) geändert, und so zog derselbe Fanfarenzug bei politischen Aufmärschen mit denselben Melodien wieder durch die Straßen. Später wurde er durch einen Schalmeienzug ersetzt.

Zu den Kontinuitäten beider Diktaturen gehört mindestens die Ablehnung der Gewaltenteilung zugunsten eines Führerprinzips, die Ablehnung einer unabhängigen Justiz zugunsten einer „parteilichen“ Kontrolle der Medien, der Kultur, des gesamten geistigen Lebens im Sinne der offiziellen „Weltanschauung“ (beide Diktaturen haben sich dieses Ausdrucks bedient), die Masseninszenierungen und der Jugendkult, der Fanatismus und die aggressive Feindbildpflege. Zu den Gemeinsamkeiten gehört auch die Instrumentalisierung der Sozialpolitik als Ersatz für vorenthaltene Bürgerrechte. Ich hebe diesen Punkt besonders hervor, weil hier das, was wir in der DDR erlebt haben, einen weit verbreiteten Irrtum über die Eigenart solcher Diktaturen korrigiert. Diktatoren bekämpfen ihre Gegner rücksichtslos, aber die Massen möchten sie durch Geschenke auf ihre Seite bringen. Das gilt so nicht für Stalin, aber für die beiden deutschen Diktaturen gilt es. Und deshalb haben nach 1945 viele Westdeutsche dieser These zugestimmt, „die Idee des Nationalsozialismus war gut, nur die Durchführung schlecht“. Ebenso haben viele DDR-Bürger nach 1990 erklärt, „die Idee des Sozialismus war gut, nur die Durchführung schlecht“. Wenn wir die Jahre 1937

und 1972 vergleichen, so müssen wir feststellen, dass sich in beiden Diktaturen damals sehr viele keineswegs unterdrückt gefühlt haben und dem Gerede von der „Volksgemeinschaft“ dort, der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ hier viel Positives abgewinnen konnten. Und genau das muß beunruhigen. Wir brauchen den Diktaturenvergleich, um den antitotalitären Konsens zu festigen.

Wir müssen dann auch von den Unterschieden zwischen den beiden Diktaturen reden. Die eine war hausgemacht deutsch, die andere wurde von der Besatzungsmacht installiert. Die eine hat einen Weltkrieg vom Zaune gebrochen, die andere im Kalten Krieg den heißen bloß vorbereitet und schließlich mit dem „Klassenfeind“ verhandelt. In der Nazizeit wurde zum Ende alles immer schlimmer. In der Endphase der DDR konnten wir sagen, dass es schon einmal schlimmer war. Am Ende war die „Höchststrafe“ Gefangenen-Freikauf. Deshalb war das Ende so verschieden, dort, wie man sagte, der „Zusammenbruch“, hier eine friedliche Revolution.

Aber aus unserer Diktaturerfahrung können wir einiges davon berichten, wie das Gift des Totalitarismus sich in den Köpfen auch Wohlmeinender einschlich. Das wurde nicht als bewußte Wendung zur Unmenschlichkeit erlebt. Da wurde der Blick nach vorn auf eine herrliche Zukunft ausgerichtet. Der totalitäre Gedanke hockte sich sozusagen auf dem Rücken fest. Wie haben auch erlebt, wie schwer den meisten hinterher die Einsicht fällt, einer verkehrten Sache gedient zu haben. Dieses Eingeständnis wird abgemagert mit der Floskel „aus heutiger Sicht“, als ob das Grundverkehrte nicht von Anfang an grundverkehrt war.

Auch dies können wir aus unserer Diktaturerfahrung sagen. Hat sich eine Diktatur erst einmal etabliert, und zwar auch in den Köpfen, – die SED hatte immerhin 2,2 Millionen Mitglieder bei 17 Millionen Einwohnern –, dann läßt sie sich nur unter besonders günstigen Umständen, wie sie 1989 bestanden, abschütteln. Ich sage das in Richtung auf diejenigen Westdeut-

schen, die 68er, die sich unerprobt die Zivilcourage zuschreiben, mit der sie damals die Nazidiktatur selbstverständlich zum Zusammensturz gebracht hätten. Ich sage es aber auch in Richtung auf diejenigen Westdeutschen, die uns Ostdeutschen vorwerfen, die SED-Diktatur so lange ertragen zu haben. In einer Diktatur sind die Kosten für Zivilcourage nicht definiert, das ist der große Unterschied zum Rechtsstaat. Dass es einigen Mut bedurfte, um einen Protestbrief an eine Zeitung zu schreiben, kann heute kaum jemand nachempfinden. Ich sage das alles nicht zu jemandes Entschuldigung, sondern möchte darauf hinweisen, dass vor den Gefahren der Diktatur nicht der Eigensinn oder der demonstrative Nonkonformismus in unerheblichen Fragen schützt. Die Nachholung des zivilen Ungehorsams zu Billigpreisen, sprich mit geringem Risiko, imponiert mir wenig.

Vor der Diktatur schützt allein die Verteidigung der Institutionen der Freiheit. Dass wir an ihnen auch dann festhalten, wenn es ansonsten viel Grund zur Unzufriedenheit gibt, oder, dass wir bei aller Kritik nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, das ist für mich die Lehre aus zwei Diktaturen und der Kern des antitotalitären Konsens. ■

Über Gedenken sachlich diskutieren

Günter Nooke

Mit Blick auf den Vortrag von Prof. Meier und die Äußerung von Prof. Schröder möchte ich nochmals die Frage aufwerfen, ob es gerechtfertigt ist, statt von Gedenkwesen über Erinnerungskultur der gesamtdeutschen Geschichte zu sprechen. Meines Erachtens ja. Gedenkwesen wird meist mit dem Gedenken an Opfer verbunden. Bei der Erinnerungskultur geht es um das Gedenken, das Denken und Erinnern an Ereignisse der gemeinsamen, gesamtdeutschen Geschichte. Darüber muss geredet werden, weil der Umgang mit der deutschen Geschichte vor allem nach 1945 unterschiedlich ist

aus der Sicht der alten und neuen Bundesländer. Ich sage das insbesondere jetzt als jemand, der einen entsprechenden Antrag auf Bundesebene formuliert hat. Ich glaube, wir haben auch wirklich Dinge unterschiedlich erlebt nach '45, und auch die Erfahrungen im Umgang mit dem Nationalsozialismus sind andere. Ich betone, dass natürlich die Singularität des Holocaust – und ich bin selber im Kuratorium des Denkmals für die ermordeten Juden Europas – für mich eine Selbstverständlichkeit ist.

Ich will am Anfang nur zwei Beispiele nennen. '68 wird nicht nur mit dem Aufstand der „68er“ im Westen verbunden, sondern wenn, dann mit Prag. Oder die Verantwortung vor unseren Kindern, wenn diese die Frage stellen, warum man nichts gegen dieses System unternommen hat. Wir wollten sagen können, wir haben getan, was möglich war, und sei es nur der Leserbrief oder sei es nur, dass wir innerhalb der Kirche uns engagiert haben für eine offene und Öffnung der Gesellschaft, dann haben wir das wenigstens gemacht. Sonst, glaube ich, hätten wir schlechte Karten gehabt als Eltern unseren Kindern gegenüber.

So war die Lehre, die ich zum Beispiel aus dem Nationalsozialismus und der Debatte im Westen gezogen habe, dass die existentielle bzw. praktische Umsetzung der Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus nicht bloß die Auseinandersetzung mit den eigenen Eltern forderte, sondern, dass wir selbst bereits wieder als Eltern erneut Verantwortung im Verhältnis zu einer nächsten Diktatur wahrzunehmen hatten.

Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen der deutschen Diktaturgeschichte waren ein Anlass, nochmals einen Antrag im Deutschen Bundestag einzureichen, der sich mit der Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte befaßt, mit dem Ziel, ein Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden Diktaturen, der beiden deutschen Diktaturen zu schaffen. Dabei geht es natürlich auch um die Förderung von Gedenkstätten, also um Geld. Dieser Antrag bezieht die Ergebnisse der Arbeit von

zwei Enquete-Kommissionen, die sich von 1990 bis 1994 und von 1994 bis 1998 unter Rainer Eppelmann mit der SED-Diktatur und den Folgen der SED-Diktatur befaßt haben, ein.

Bereits 1999 gab es ein Gedenkstättenkonzept des Bundes, in dem es auch um die Förderung von Gedenkstätten ging. Dieses Gedenkstättenkonzept des Bundes spricht von beiden Diktaturen, von Opfern beider Diktaturen, von NS-Terrorherrschaft, Stalinismus und SED-Diktatur. Natürlich muss man sehr wohl differenzieren, dass das sehr unterschiedliche Dinge sind. Es besteht Einigkeit, dass SBZ/DDR-Geschichte nicht Regionalgeschichte der neuen Länder ist, sondern gesamtstaatliches, bundesdeutsches Anliegen. Es ist bemerkenswert, dass das Konzept des Bundes von 1999 im Parlament nicht beraten wurde.

Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass das Gedenkstättenkonzept des Bundes von 1999 diskutiert wird, um zu einer noch besseren Umsetzung zu kommen. Wir haben Vorschläge gemacht, welche Einrichtungen dazugehören und wie was zu fördern wäre – eben mit stärkerer Beteiligung des Bundes. Aber ich möchte schon, dass man diese Debatte führt. Man hat die Debatte über das Konzept von 1999 gescheut, und die, die uns erreicht hat mit dem Antrag, die wäre eventuell, da die gleichen Formulierungen der Enquete-Kommission verwendet worden sind, schon damals auf uns zugekommen. Wenn ich hier nur mal die Formulierung aus der Enquete-Kommission der 13. Legislaturperiode nehme – „gesamtdeutsche Form der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer“ –, merkt man: es sind genau die Formulierungen, die man uns jetzt auf Grund des Antrages vorgeworfen hat. Sie sind in der Enquete-Diskussion immer dabei gewesen. Aber, dass das Konzept unter Rot/Grün gar nicht diskutiert wurde, das ist eigentlich ein Skandal. Wenn man schon ein Gedenkstättenkonzept verabschiedet, dann muß man auch den Mut haben, es zu diskutieren.

Nach der Einbringung unseres Antrages erreichte uns jene versäumte Debatte, die deutlich gemacht hat, wie notwendig sie gewesen wäre. Nun geht es nicht schlechthin um die Nachholung einer Diskussion, sondern auch um das Ziehen einer Bilanz, was bisher mit diesem Gedenkstättenkonzept erreicht wurde, bei der Professionalisierung und Aufarbeitung der SBZ/DDR-Gedenkstätten – und da ist schon eine ganze Menge an Positivem erreicht – und bei den Fragen der Finanzierung. Fragen der Finanzierung behandeln heißt auch zu klären, was bei einer zwischen Bund und Länder vereinbarten 50/50-Finanzierung passiert, wenn das Land, wie zum Beispiel Berlin, nicht zahlt, die Zahlung des Landes aber Voraussetzung für die Beantragung der Mittel beim Bund ist. Konzeption und Finanzierung müssen gemeinsam behandelt werden.

Bilanz ziehen heißt auch aufzunehmen, was inzwischen entstanden ist, wie zum Beispiel das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, denn das Gedenkstättenkonzept des Bundes war ein Ergebnis einer Enquete-Kommission, die sich mit der SBZ/DDR-Geschichte beschäftigte. Was aber der Bund macht, sind Hundertprozentfinanzierungen Westberliner Projekte der 80er Jahre. „Topographie des Terrors“, Jüdisches Museum und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Es muss auch Orte geben, an denen der Bund sich in gleicher Weise an SBZ/DDR-Gedenkstätten beteiligt. Es muß beachtet werden, dass das sehr unterschiedliche Dinge sind. Es geht darum, an einzelnen authentischen Orten eben dieser ganzen deutschen Geschichte zu gedenken. Sowohl in Buchenwald wie auch in Sachsenhausen, wo man einfach von den Orten her diese Geschichte nicht abtrennen kann oder 1945 enden lassen kann, als auch an authentischen Orten der DDR-Diktatur. Einige Gedenkstätten müssen einfach exemplarisch zu einem Gesamtkonzept gehören, Erinnerungsorte, an denen eben dieses Regime und wie es funktioniert hat, sichtbar wird, z. B. ein Jugendwerkhof in Torgau. Oder andere Orte, die vielleicht auch die Westdeut-

schen an die Grenzkontrollen in Marienborn erinnern, die sie, wenn sie nur Deutsche im anderen Teil besuchen wollten, eben durchmachen mußten.

Wichtig ist, dass wir uns klarmachen, dass Erinnerungskultur eben doch mehr sein kann, mehr als die Erinnerungskultur '33 bis '45 oder die Geschichte der Vertreibung. Auch bei der Auferarbeitung der Ereignisse bis '89 ist staatliche Verantwortung gefragt. Bei der SED-Diktatur und beim Stalinismus sind das die Ereignisse, die mit den Daten verbunden sind, die bereits genannt wurden, 17. Juni, 13. August und der 9. November. Diese Daten gehören dazu.

Die Frage noch mal zum Schluß: Ist es wirklich richtig, dass man das alles nicht so unbefangen diskutieren kann, weil diese zwölf Jahre, von '33 bis '45 uns so bestimmen? Wer meint, dass wir von der Vergangenheit so bestimmt sind, dass wir die Entscheidungsfreiheit für die Zukunft nicht hätten, negiert Geschichte und macht einen großen Fehler, nämlich die individuelle Verantwortung des einzelnen nicht wahrzunehmen, er negiert sie erneut. Und ich möchte gerne, dass wir uns als einzelne verantwortlich fühlen. Die Anerkennung der gesamten vergangenen deutschen Geschichte, zu der diese schrecklichen zwölf Jahren und der Massenmord an den europäischen Juden gehören, darf die Debatte, die Offenheit und Entscheidungen zu Ereignissen der Gegenwart oder in konkreten Situationen nicht hemmen oder einfach mit dem Verweis auf die NS-Terrorherrschaft abbrechen. Zum Beispiel die Behandlung unseres Antrages zur Gedenkstättenförderung: Man konnte bisweilen den Eindruck gewinnen, als sei solch ein Antrag gar nicht diskussionswürdig, und man müsse die Debatte abbrechen. Herr Knigge hat auch sehr stark im Ausland über diesen Antrag geredet, hat dort sehr gut Holocaust-Gedenkstätten, jüdische Organisationen, Holocaust-Museen informiert mit dem Ergebnis, dass man offenbar in Deutschland nicht sagen kann, dass es beide Diktaturen im 20. Jahrhundert gab und dass es Opfer beider Diktaturen gibt. Die Debatte, die am 17. Juni 2004 im

Deutschen Bundestag stattfand, hat gezeigt, dass die Bereitschaft zur Diskussion nicht auf allen Seiten gleichermaßen vorhanden ist. Gegenseitiges Vertrauen und Ernstnehmen statt Mutmaßungen, die durch Meinungsäußerungen von außen genährt werden, dass die CDU/CSU-Fraktion relativieren wolle, führen dann dazu, dass die Debatte über Erinnerungskultur abbricht. Das spricht nicht für einen klugen Umgang und eine offenen Beschäftigung mit unserer Geschichte. Nichts soll relativiert werden, und in keiner Weise soll die erfolgreiche professionelle Arbeit der NS- und KZ-Gedenkstätten geschmälert werden. Es geht darum, Gedenkstätten aus der SBZ/DDR-Zeit genauso professionell und exemplarisch und auch finanziell auszustatten, um an die Geschichte der SED-Diktatur zu erinnern.

Natürlich gehören bei der Erinnerungskultur auch die positiven Erinnerungen dazu. Die beschränken sich nicht auf D-Mark und Sozialstaat. Wenn man über SED-Diktatur nicht redet, kann man auch nicht über friedliche Revolution und staatliche Wiedervereinigung und den 3. Oktober positiv reden. Gerade die friedliche Revolution vom Herbst '89 und die staatliche Wiedervereinigung könnten schon zu einem ‚Gründungsmythos‘ des wiedervereinigten Deutschlands auf jeden Fall mehr beitragen, als es im öffentlichen Bewußtsein ist. Das positive Erinnern an Ereignisse, die positiv in der deutschen Geschichte waren, sollte bei aller Diskussion über die Diktaturen nicht vergessen werden. Die zweite Diktatur war mit einer friedlichen Revolution verbunden und mit der staatlichen Wiedervereinigung. Wenn wir den einen Teil nicht mehr als Diktatur bezeichnen, dann ist die Überwindung einer Diktatur natürlich auch nicht so viel wert. Machen wir uns nichts vor – so schön und gut es ist, dass viele in den Hitler-Film gehen, es gab auch „Goodbye Lenin“, bei dem man lachen konnte. Aber ich weiß nicht, ob das reicht für eine Erinnerungskultur. Günter de Bruyn hat im Zusammenhang dieses Befundes auch auf unsere Idee des Freiheits- und Einheitsdenkmals hingewiesen, indem er sinngemäß fragte, warum immer nur Denkmäler für die Passiva deutscher Geschichte gebaut werden und

nicht auch für die Aktiva. Dieses Freiheits- und Einheitsdenkmal wäre zumindest auch noch mal eine Diskussion in der Öffentlichkeit wert.

Ich hänge nicht an Anträgen, aber ich hänge daran, dass wir die Sachverhalte in sachlicher Weise öffentlich diskutieren. Und dass wir dann am Ende mehr tun können als wieder 10 Millionen in den Sand zu setzen bei der nächsten Gedenkstätte. Sondern, dass wir mit ein paar Millionen für die wesentlichen Gedenkorte rechnen können, ob nun Bautzen, Hohenschönhausen, Normannenstraße oder die Bernauer Straße, die an SBZ- und DDR-Geschichte erinnern, so dass es dann auch eine Finanzierung gibt, die funktioniert. Das muß ja nicht hundertprozentige Förderung des Bundes sein. Aber vielleicht reichen fünfzig Prozent für die, die von nationaler oder exemplarischer Bedeutung sind, wie es in dem Gedenkstättenkonzept des Bundes ja auch steht, dann auch nicht aus, um das entsprechend zu sichern.

Wir sollten also Konzeption und Finanzierung gemeinsam so diskutieren, dass am Ende eine Zwischenbilanz – die dieser Antrag auch sein sollte – der Gesamtkonzeption des Bundes steht.

Und ich finde, wenn es auch um die Wertigkeit geht, muß es auch ein paar Orte geben, wo der Bund sich in gleicher Weise an SBZ/DDR-Gedenkstätten beteiligt. Welche, können wir gerne diskutieren. Auf jeden Fall bin ich nicht daran interessiert, jede Zwangsarbeitersammelstelle jetzt in Bundeskompetenz zu übernehmen und über die großen Gedenkorte aus der Zeit der SBZ-/DDR-Zeit gar nicht zu reden und das dann wieder untergehen zu lassen. Die Liste diskutieren, das sollten wir. Die Immobilien werden wir nicht alle nutzen können, und wir müssen auch den Mut haben, nicht mehr Geld auszugeben als wir haben. Aber das kann man konzeptionell besser organisieren. Besser jedenfalls als es jetzt manchmal von der Staatsministerin geschieht und zwar auf Zuruf: wenn Berlin wieder einmal unfähig ist, etwas zu Ende zu bringen. Das ist nicht die Erinnerungskultur, die ich mir konzeptionell wünsche. Und deshalb ist mein Wunsch eine

Zwischenbilanz. Dabei sollten wir das positive Erinnern von Dingen, die auch positiv waren in der deutschen Geschichte, bei all unserer Diskussion über die Diktaturen nicht vergessen. ■

Wie aus Geschichte lernen

Volkhard Knigge

Zunächst, lieber Herr Nooke, möchte ich daran erinnern, dass wir uns in unserem Gespräch im August 2004 in Berlin einig waren, dass es nie darum ging, für eine Erinnerungskultur zu plädieren, die sich nur mit der einen oder nur mit der anderen Diktatur auseinandersetzt. Daran hat auch die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten zu ihrem Papier keinen Zweifel gelassen. Eine solche Alternative ließe sich im Licht demokratischer Erinnerungskultur nicht vernünftig begründen und würde die jeweilig einseitige Erinnerung delegitimieren. Es geht nicht um ein

Entweder-Oder, wie vielfach fälschlich behauptet worden ist, sondern um das sachlich angemessenen proportionierte Sowohl-Als-Auch.

Wenn ich mit Bezug auf Herrn Meiers Vortrag beginne, dann ist zunächst festzustellen, dass erinnerungskulturell in der Bundesrepublik normativ und in vielerlei Hinsicht auch praktisch eine große Leistung vollbracht worden ist, ohne dass dies immer schon richtig verstanden und auf den Begriff gebracht worden wäre. Entstanden ist – wenn auch nicht ohne Konflikte – eine neue Form des Lernens aus der Geschichte, die darin besteht, in selbstkritischer Auseinandersetzung mit negativer Vergangenheit konkret und handfest zu begreifen, wie man es *nicht* macht bzw. *nicht* machen soll.

Ein Grundproblem des Lernens aus der Geschichte für moderne, sich in Hochgeschwindigkeit verändernde, sich rapide enttraditionalisierende Gesellschaften besteht darin, wie man überhaupt noch aus einer Vergangenheit lernen soll, die von der eigenen Gegenwart immer verschiedener ist und der man deshalb nicht einfach Verhaltensanleitungen gleich Gebrauchsanweisungen entnehmen kann. Der nationalsozialistische Zivilisationsbruch hat dieses Grundproblem noch einmal verschärft, insofern man sich auf das „Dritte Reich“ und die es ermöglichenden Vorgeschichten gar nicht positiv beziehen kann und auch nicht darf. Wie lernt man aber aus abzulehnender und dennoch gewesener Geschichte? Doch nur in der Weise, dass man sie als negativen Horizont begreift, von dem es sich mittels kritischer, auf Gegen- und Andershandeln bezogener Selbstreflektion immer wieder abzusetzen gilt, historisch informiert und bewußt abzusetzen gilt – nicht bloß rhetorisch oder formelhaft. Hinsichtlich solch negativer Erinnerung – dem Inhalt, nicht dem Ziel nach – befinden wir uns auch sechzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus noch im Experimentierstadium, nicht allein deshalb, weil solche Form der historischen Erinnerung neu ist, sondern auch, weil diese Form der Erinnerungs-

kultur erst in den neunziger Jahren auf ein breites und stabileres institutionelles Fundament gestellt worden ist.

Besonders herausfordernd ist dabei nicht nur die Tatsache, dass man sich selbst als Nachgeborener mit tatsächlicher Schuld auseinandersetzen muß, auch wenn man direkt in diese nicht mehr eingebunden ist, und herausfordernd ist auch, dass diese Auseinandersetzung die Auseinandersetzung mit Grauzonen, mit Ambivalenzen, mit Handlungen und Haltungen einschließt, die sich nicht säuberlich nach vorgestanzten Täter- und Opferkategorien sortieren lassen. Die staatlich verordnete Erinnerung in der DDR hat nicht zuletzt gerade von solcher Auseinandersetzung entlastet, insofern sie letztendlich allein auf die Identifikation mit dem per se besseren deutschen Staat abzielte.

Insofern DDR-Bürgerrechtler gerade auch diesen Identifikationsdruck einschließlich seiner historischen Begründungen in Frage gestellt haben, haben sie auf ihre Weise einen herausragenden Beitrag zu der oben umrissenen Formen neuen Lernens aus der Geschichte geleistet.

Wenn wir heute in Deutschland über demokratische historische Erinnerung sprechen, dann haben wir es immer mit zwei negativen Horizonten zu tun, aber auch mit zwei Formen negativen Reichtums. Ich spreche bewußt von Reichtum entgegen dem verbreiteten Stereotyp, negative Erinnerung sei so etwas wie permanente Selbstbeschimpfung oder Selbsterniedrigung; ein solches Erinnern bedeute, sich ohne Unterlaß Asche aufs Haupt zu streuen und sei nichts anderes als Sündenstolz und Schuldbesessenheit. Genau darum geht es nicht. Vielmehr geht es um den politischen und ethischen Orientierungsgewinn, den Zugewinn an gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Sensibilität und Handlungsbereitschaft, der durch die historisch informierte und gegenwartsbewußte Absetzung von eben jenen negativen Horizonten gewonnen und praktisch zur Wirkung gebracht werden kann. Dass ein solches sich Absetzen durch die positive Orientierung an

den demokratischen Aufbrüchen in der deutschen Geschichte zusätzlich an Kraft gewinnen kann, versteht sich von selbst, kann aber womöglich besonders gut in der janusköpfigen Stadt Weimar/Buchenwald erkannt und erfahren werden.

Nun haben Sie, Herr Nooke, hier gerade dankenswerterweise die Leistungen der Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung des SED-Unrechts stärker hervorgehoben als in ihrem Papier, insbesondere die Leistung der zweiten, der sogenannten Eppelmann-Kommission. Mit der von ihr erarbeiteten, nach heftigsten Auseinandersetzungen schließlich im überparteilichem Konsens formulierten Gedenkstättenkonzeption gibt es seit 1999/2000 erstmals nach 1945 überhaupt eine Bundesgedenkstättenkonzeption mit entsprechenden Fördermöglichkeiten – und sie trägt dem zweifachen negativen Horizont, trägt beiden deutschen Diktaturen Rechnung. Insofern für beide die gleichen Förderrichtlinien gelten – Gedenkstätte von herausgehobener Bedeutung am authentischen Ort, wissenschaftliche Fundierung der Arbeit, Komplementärfinanzierung durch das jeweilige Sitzland –, wird weder die eine noch die andere Erinnerungssphäre bevorzugt behandelt. Wenn Anträge ablehnt worden sind, dann wegen mangelnder fachlicher Qualität, wegen mangelnder (echter) Komplementärfinanzierung oder wegen der rein lokalen, nicht gesamtnationalen Bedeutung der Einrichtung. So fällt in Folge der Konzeption auch Licht auf fachliche Qualitätsmängel der Gedenkstättenarbeit wie auch auf das unterschiedliche Engagement von Bundesländern, sich hier nachhaltig zu engagieren. Ganz anders verhält es sich mit der Frage, inwiefern auch Westdeutsche sich die Auseinandersetzung mit der Geschichte von SBZ und DDR ein Anliegen sein lassen. Geschichtsbewußtsein, das lehrt ja gerade die Geschichte der DDR, läßt sich nicht verordnend erzeugen. Vielmehr gilt es auf diskursive Weise eine plausible, nachvollziehbare Antwort darauf zu geben, warum – zumindest unter normativen Gesichtspunkten – die Beschäftigung mit der SED-Diktatur auch für Menschen relevant ist, die erfahrungsgeschichtlich nicht

oder nicht unmittelbar von ihr betroffen gewesen sind. Hier geht es aber, um es noch einmal zu sagen, um Überzeugen, nicht um Verordnen oder Akklamieren. In materieller Hinsicht kann man daran denken, auch Bundesländer, auf deren Gebiet keine großen Gedenkstätten liegen, etwa über einen Fond an der finanziellen Ausstattung der Bundesgedenkstättenförderkonzeption zu beteiligen.

Wenn man von zweifachem negativen Horizont spricht, dann ist damit auch zum Ausdruck gebracht, dass beide deutsche Diktaturen auf je eigene Weise in normativer Perspektive gleich weit vom freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat entfernt sind. Insofern sind sie gleich. Das heißt aber nicht, dass beide Diktaturen eins zu eins ineinander aufgingen. Sie unterscheiden sich in vielfältiger Weise, nicht zuletzt auch in ihrer Verbrechensintensität und hinsichtlich der Konsenselemente, die gerade im „Dritten Reich“ sehr ausgeprägt waren. Hier reicht ein Blick in die einschlägige Forschung insbesondere der vergangenen zehn, fünfzehn Jahre. Ein solcher Blick kann übrigens auch klar machen, dass die unbedachte, nicht selten gebetsmühlenhaft daherkommende Rede vom Verbot des Vergleichs von nationalsozialistischem Deutschland und DDR völlig an der Sache vorbei geht. Der methodisch reflektierte, sachlich gut begründete und entsprechend angelegte Vergleich gehört zu den geläufigen Verfahren geschichtswissenschaftlichen Arbeitens, allerdings hat er mit vorauseilenden Gleichsetzungen nichts zu tun. Er ist vielmehr offen für die Erkenntnis von Ähnlichkeiten und Unterschieden. Wenn, Herr Nooke, ihr Papier kritisiert worden ist, dann nicht, weil es auch Vergleiche zulassen will, sondern wegen seiner vagen Formulierungen und den dadurch induzierten inakzeptablen Gleichsetzungen.

Was die sachgerechte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wohl immer wieder so schwer macht, hängt gerade mit den ausgeprägten Konsenselementen zwischen nationalsozialistischer Führung und Volks-

gemeinschaft zusammen, gründet im Charakter des NS als Zustimmungsdiktatur, die es – im Gegensatz zu oktroyierten Staats- oder Parteidiktaturen – unmöglich macht (auch im nachhinein), alle Schuld und Verantwortung „nach oben“ abzuschieben.

Abschließend zum Sächsischen Stiftungsgesetz, das mit Herrn Nookes Papier insofern zu tun hat, als in dessen ersten Fassungen für die Bundestagsdebatte die Sächsische Stiftungsgesetzgebung ausdrücklich als Vorbild genannt worden ist. Das Problem des Sächsischen Stiftungsgesetzes, für Jahre nur vom Kabinett und nicht vom Landtag beschlossen, besteht in der Vorrangstellung der Politik und den nicht zuletzt durch deren parteiisches Agieren mit heraufbeschworen Konflikten zwischen den Opfergruppen. Man denke nur an die erfolgten bzw. nicht erfolgten Denkmalssetzungen in Torgau. Demokratische Erinnerungskultur gründet nicht zuletzt in der angemessenen Aufgabenverteilung und Balance der Bereiche Politik, Geschichtswissenschaft und Opfergruppen. Grundlegung ist dabei, dass Geschichte keiner Partei, keinem Verband, keiner Gruppe gehört. Es ist Aufgabe der Geschichtswissenschaft, herauszuarbeiten und zu begründen, was über Vergangenheit triftig und mit Recht gesagt bzw. nicht gesagt werden kann. Politik schafft, wie im Kulturbereich allgemein, die Rahmenbedingungen für vernünftige Arbeit – und setzt damit auch Zeichen –, verordnet aber keine Geschichtsbilder. Opfer sind erfahrungsgeschichtliche Zeugen, denen Informationskraft und ethisches Gewicht zukommen. Letzte Instanz historischer Wahrheit sind aber auch sie nicht, insofern ihre Zeugnisse wie jede historische Quelle quellenkritisch geprüft, eingeordnet und kontextualisiert werden müssen.

Dass dieses Geflecht fragil ist, dass es immer wieder *diskursiv* balanciert werden muß, versteht sich ebenso wie der Umstand, dass parteiische Politisierung und Instrumentalisierung dazu nicht die rechten Mittel sind. Diese Balance ist in Sachsen nicht gelungen, und ich will auch nicht verhehlen,

dass ich in dieser Hinsicht das entsprechende Thüringer Gesetz für vorbildlich halte, welches auch unter CDU-Mehrheit entstanden und (im Landtag einstimmig) verabschiedet worden ist. Dies nur als kleinen Hinweis darauf, dass vorschnelles Links-Rechts-Gerede sachlich fundierter historischer Erinnerung auch nicht sonderlich dienlich ist. ■

Gedenkstätten gut unterscheiden

Andreas Nachama

Mir gefällt der anfangs zu Protokoll gegebene Begriff des Gedenkwesens eigentlich besser als der der Gedenkkultur. Es geht hier nämlich um einen Aspekt unserer Kultur, aber es ist etwas, was ich einordnen muß in das gesamte Umfeld unserer Kultur in Deutschland. Gedenken ist nicht eine Kultur für sich, sondern einzuordnen. Das Gedenkwesen, für das ich hier spreche, die Topographie des Terrors, ist durch eine Bürgerinitiative entstanden, im alten West-Berlin, hart am Rand der Mauer, weil die Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes plattgewalzt war, nicht mehr zu erkennen war.

Und dann haben die Leute angefangen zu graben, und herausgekommen ist eine Dokumentation, die versucht, eine Antwort zu geben auf die Frage: Wie war es eigentlich möglich, innerhalb weniger Wochen, Monate maximal, aus einer Demokratie, nämlich der Weimarer Republik, eine Diktatur zu machen? Und schon da unterscheidet sich diese Art von Gedenken, nämlich an diese 12 Jahre, 4 Monate und 8 Tage, von den Gedenkstätten des Unrechts, das nach '45 geschehen ist, denn es gab 1933 keine Besetzung Deutschlands, sondern die Eliminierung ist in der Gesellschaft abgelaufen, begleitet von Reichstagswahlen, wie frei die dann jeweils immer noch gewesen sind, sei mal dahingestellt. Die sogenannte „Machtergreifung“ war eine Koalitionsbildung. Wenn man unter dieser Bedingung anfängt zu fragen, dann sieht man, dass die Antworten und die Fragen, die sich daraus wiederum ergeben, und auch die Konsequenzen ganz andere sind als die nach '45. Deshalb plädieren wir nicht nur aus einer Tradition des Fortführens heraus, sondern auch sehr wohl aus inhaltlichen Überlegungen heraus für sehr gut zu unterscheidende Gedenkstätten. Geschichte ist ja Konstruktion aus der Jetztzeit, hat Walter Benjamin gesagt in einer seiner geschichtsphilosophischen Thesen, und insofern sagen auch die Fragen, die wir an die Vergangenheit stellen, in gewisser Weise mehr über uns als vielleicht über die Vergangenheit selber. Und das, denke ich, ist ein ganz wichtiger Punkt auch für diejenigen, die dann später in der anderen Diktatur als Opfer zu beklagen waren, dass die frühere, die NS-Diktatur ja ohne auswärtige Besetzung und aus sich selbst heraus entstanden ist. Die Nachkriegsdiktatur war dann in gewisser Weise Konsequenz der Nazidiktatur und des von den Nazis angezettelten Krieges. Ich glaube, das ist ganz wichtig, und das ist auch etwas, was nach meinem Dafürhalten die Gedenkstätten prägt, die es jetzt gibt und sehr zu Recht gibt. Wir hier in Berlin und in Brandenburg haben einen „Arbeitskreis Berliner Gedenkstätten“, Arbeitskreis I, das sind die Gedenkstätten bis 1945, Arbeitskreis II, sind die nach 1945. Es gibt einige, wie Sachsenhausen, die sind in beiden drin. Und wir machen auch gemeinsame Veranstaltungen, einen „Tag der Zeitge-

geschichte“, Anfang Mai 2004, die wir zusammen in Hohenschönhausen gemacht haben, in der Stasiknast-Gedenkstätte. Es ist ja nicht so, dass es da keine gemeinsamen Fragen gäbe und dass es nicht auch gemeinsame Diskussionen gäbe. Aber doch sind es zwei unterschiedliche Einstiegspunkte in die Geschichte, und ich finde, die sollte man nicht nur angesichts der Opferzahlen – das ist ein ganz anderer Aspekt –, oder der Reaktionen, die möglicherweise Opfergruppen oder Nachkommen von Opfergruppen auf das Ganze haben, werten, sondern, wie ich denke, auch unter diesen wirklich tragenden Fragen. Und ich halte diese Frage – Wie war das möglich? – oder die Form der Beantwortung für eine ganz andere als die nach '45. Also wir haben es, um mal einen Buchtitel aufzunehmen, mit zweierlei Geschichte zu tun.

In der Topographie des Terrors haben wir ungefähr 350.000 Besucher im Jahr. Das ist ja für einen so schlecht ausgestatteten Platz, wo sich alles im Freien abspielt und es im Winter kaum einen Unterstand gibt, recht viel. Wir sollten das nicht sozusagen aufs Spiel stellen – weder das internationale Renommé noch die Bindung derjenigen, die dort hinkommen, und das jetzt alles zu einem Eintopf zusammenkochen und zusammenschütten, sondern ausgehend von diesen unterschiedlichen Begründungen und Fragestellungen überlegen, wo es Berührungspunkte gibt, und die soll man, wie wir das hier in Berlin/Brandenburg auch machen, die soll man dann auch für gemeinsame Veranstaltungen nutzen.

Eine ganz andere Frage ist die der materiellen Ausstattung. Ich persönlich bin schon der Meinung, dass – aber das ist eine Frage, die die Politik zu beantworten hat – es da Nachholbedarf gibt, und das muß man ganz sicher sagen, insbesondere Nachholbedarf gibt bei den Gedenkstätten, die jetzt erst zwölf, vierzehn Jahre existieren, also mit anderen Worten, bei denen, die sich mit dem SED- und Stasi-Unrecht auseinandersetzen. Da gibt es Nachholbedarf, da gibt es aber auch inhaltlichen Nachholbedarf, der ganz

einfach darin liegt, dass die Zeitspanne bis zu dem Zeitpunkt, an den man zurückdenkt, noch viel kürzer ist; es ist noch viel mehr Zeitgeschichte. Also ist logischerweise das Maß dessen, was man kennen kann aus Archiven, ist notwendigerweise das Maß dessen, was schon zu Geschichte oder Geschichtswissenschaft verarbeitet ist in Thesen, in ausgestalteten Büchern, in nachvollziehbaren Argumentationsketten, viel kleiner als das, was in den sechs Jahrzehnten nach 1945 geschehen ist und logischerweise geschehen konnte. Also hier sieht man, auch darin gibt es eine gewisse Ungleichgewichtigkeit und deshalb plädiere ich nachhaltig dafür, diese Grundstruktur, die wir haben, beizubehalten, die Form des Austauschs und des Dialogs zu schärfen und insbesondere da, wo es Nachholbedarf gibt, und damit meine ich jetzt nicht nur den mißglückten Bau der Topographie des Terrors, das wäre in der Tat ein abendfüllendes Thema für sich, sondern damit meine ich insbesondere diejenigen, die erst in den letzten anderthalb Jahrzehnten entstanden sind. ■

Gemeinsames Erinnern gibt Heimat und Halt

Jörg Schönbohm

Ich habe mir vorgenommen, Ihnen einige Gedanken aus meiner ganz persönlichen Sicht zu dem Thema vorzutragen, das hier erörtert wird.

Ich möchte erinnern:

„Herr von Ribbeck aus Ribbeck im Havelland,
ein Birnbaum in seinem Garten stand,
und kam die goldene Herbsteszeit

und die Birnen leuchteten weit und breit,
da stopfte, wenn's mittags vom Turme scholl
der von Ribbeck sich beide Taschen voll.“

So beginnt das berühmte Gedicht von Fontane, wohl unserem größten märkischen Dichter. Viele von uns haben es in der Schule gelesen, wir mußten es auch mal auswendig lernen.

Hierzulande, also auch in den neuen Ländern und in Brandenburg, sind sehr viele Schüler großgeworden ohne den Ribbeck, ohne seine Birnen und ohne seine Segen spendende Hand. Wohl wurde hier und da im Familienkreis oder auch durch persönliche Initiative von Lehrern diese Ballade gelehrt, doch viele junge Ostdeutsche sind dem von Ribbeck nie oder nur zufällig begegnet.

Dabei kann man in weniger als einer Autostunde von Potsdam aus das Gut derer von Ribbeck erreichen und auch besichtigen. Und wenn Sie in das Gutshaus kommen, bis vor kurzem war es ein Altersheim der Arbeiterwohlfahrt, geht links eine große breite Treppe, und auf dem ersten Treppenaufsatz sehen Sie den Herrn von Ribbeck als Junker, wie er die armen Bauern auspreßt und das Letzte aus ihnen rausholt. Das ist ein Teil des Erbes, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Ein Stumpf des alten Birnbaums wird seit seinem sturmbedingten Ende, 1911, in der kleinen Kirche zu Ribbecks Ehren aufbewahrt. Und in den siebziger Jahren wurde sogar ein neuer gepflanzt und wiederum vor einigen Jahren ersetzt. Es hätte also für lokalhistorische Ausflüge durchaus ein Anlaufziel gegeben, so wie im nördlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland Schulklassen vielleicht zu den Externsteinen oder zum Hermannsdenkmal fahren.

Doch ein solcher Jugendtourismus war in der DDR kein Massenphänomen. Dabei war es durchaus nicht so, dass zu DDR-Zeiten Fontane in seiner Heimat nichts gegolten hätte! Nein, Fontane fand sich im DDR-Curriculum

ebenso wie in demjenigen der meisten bundesrepublikanischen Länder. Doch die rührende Geschichte des guten, alten von Ribbeck im Havelland erfreute sich nur geringer Popularität bei denen, die die Verantwortung für sozialistische Bildung trugen. Eine besondere Rolle spielt hierbei natürlich Margot Honecker, die von '63 bis '89, also 25 Jahre lang, Ministerin für Volksbildung war.

Es ist leicht erklärt, warum das so war: Für feudale Gutsherren hatte der historische Materialismus nur einen Platz, den des Ausbeuters, Unterdrückers und Klassenfeindes. Dieser konnte also kein netter älterer Herr mit sympathischem Dialekt und einem großen Herz für Kinder sein. Dass der Klassenfeind dann noch so beliebt sein sollte, dass nach seinem Tod den Kindern das Herz schwer wurde und die trauernden Dörfler ihm ehrfürchtig das letzte Geleit gaben, war undenkbar. Vom Absingen religiöser Lieder wie das von Fontane genannte „Jesus meine Zuversicht“ ganz zu schweigen. Sie sehen, dieses Gedicht mußte bei einem anständigen Sozialisten zu heftigem Magendrücken führen, und von dieser Sorte gab es ja im DDR-Bildungssystem viele, und ein Teil des Erbes haben wir heute aufzuarbeiten. Fontanes Ribbeck blieb also eine Randerscheinung im kollektiven Gedächtnis der jungen Brandenburger, und dies ändert sich verständlicherweise auch heute nur langsam.

Dies ist ein Beispiel dafür, wie unterschiedlich die Menschen in unserem wiedervereinigten Land noch immer geprägt sind und es auch noch eine Zeitlang bleiben werden. Diese Prägungen sind von entscheidender Bedeutung für das, was wir etwas sperrig „Erinnerungskultur“ nennen. Und ich gebe ganz offen zu, dass ich diesem Begriff nicht mag. Er erinnert mich an „Vergangenheitsbewältigung“ und anderes Vokabular aus dem intellektuellen Schrank. Ich spreche lieber von „kulturellem Erbe“ oder Regeln alter Traditionen oder einfach davon, was typisch ist für unser Land.

Politiker tragen natürlich auch ihren Teil zur Pflege dieses kulturellen Erbes bei. Durch ideelle und finanzielle Förderung mit Steuergeld, durch ihre Sprache, durch die öffentliche Aufmerksamkeit, die sie auf Erinnerungssymbole lenken. In Brandenburg herrscht an authentischen Gedenkstätten für beide deutsche Diktaturen wahrhaft kein Mangel. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten hat mit erheblicher Unterstützung des Landes und auch des Bundes hier vieles gesichert. Bis wir all diese Stätten der Erinnerung angemessen ausgestattet haben, bedarf es aber noch erheblicher materieller und geistiger Anstrengungen, auch mit Unterstützung des Bundes.

Gerade die Erinnerungsstätten an die SED-Herrschaft haben noch großen Nachholbedarf. Ich begrüße darum in diesem Zusammenhang die Diskussion, die über die finanzielle Ausstattung der Gedenkstätten, vor allem durch den Kollegen Nooke, ausgelöst worden ist. Ich möchte mir wünschen, dass sie in Anerkennung der Bedeutung des Erinnerns an die Schrecken des 20. Jahrhunderts auf allen Seiten mit etwas mehr Augenmaß geführt würde.

Die Erinnerungskultur einer Gruppe, einer Gesellschaft, eines Volkes, wird also selbstverständlich von Menschen definiert, teils sogar gemacht, im Guten wie im Schlechten. Die, die davon betroffen sind, sind Opfer und Täter. Ich brauche in diesem Kreis nicht darauf hinzuweisen, wie die beiden deutschen Diktaturen sich der nationalen Erinnerungskultur bemächtigt, sie verbogen und mißbraucht haben. Das hat einen vernünftigen Umgang mit diesem Thema lange erschwert und wirft bis heute Schatten. Ich möchte Ihnen dazu zwei Beispiele nennen:

Zum einen das Gedenken an den Aufstand des 20. Juli '44. Wir haben in diesem Jahr auch hier in Brandenburg den 60. Jahrestag des Attentats breit begangen. Die große Medienaufmerksamkeit auf Filme und Dokumentationen im Fernsehen haben die Wahrnehmung dieses Datums in Ostdeutsch-

land zweifellos verändert. So habe ich selbst an der Enthüllung einer Gedenktafel für die Häftlinge des 20. Juli im Konzentrationslager Sachsenhausen mitwirken können. Aber ein solches Gedenken bedarf eines langen Weges in einer Region, in der über mehr als vier Jahrzehnte der Widerstand gegen Hitler in der öffentlichen Wahrnehmung fast ausschließlich nur kommunistisch sein durfte. Junker gab es ja nicht. In Sachsenhausen starb übrigens auch Hans von Ribbeck, der bereits im Mai 1944 von den Nationalsozialisten verhaftet worden war. Seine Güter wurden der Familie entzogen, diese floh später in den Westen und kehrte in den 90er Jahren wieder teilweise nach Ribbeck zurück. Sie sehen, Opfer des Nationalsozialismus zu sein, reichte noch lange nicht aus, um in der DDR zur Ehre der Altäre des Widerstandes erhoben zu werden.

Das zweite Beispiel ist der Umgang mit dem Schicksal der Vertriebenen. Auch dieses war in der DDR tabu. Bis heute sitzt das Mißtrauen gegenüber den Vertriebenen bis weit in die politische Mitte hinein tief, was uns gelegentlich erhebliche Probleme bereitet, unserem sozialdemokratischen Koalitionspartner eine im Vergleich zu anderen Bundesländern lächerliche finanzielle Unterstützung für den Landesverband des Bundes der Vertriebenen abzurufen. Dieser Bund der Vertriebenen macht eine hervorragende Arbeit in Polen beim gemeinsamen Gedenken, im Aufarbeiten der Geschichte, in dem Verbindenden, sodass auch viele Polen sagen, die Arbeit, die hier geleistet wird, ist großartig. Ich habe mit Mühe und Not erreicht, dass wir 20.000 Euro in den Etat einstellen, den Rest sammeln wir von der CDU-Seite aus mit Lottomitteln ein.

Denken Sie an Gedenktage, an sowjetische Soldatenfriedhöfe und Ehrenmäler, an Straßen und Plätze. Wer im Westen aufgewachsen ist, tut sich vermutlich schwer damit, im Berliner Speckgürtel in die Ernst-Thälmann-Straße zu ziehen und seine Kinder auf die Rosa-Luxemburg-Schule zu schicken. Wer zu mir nach Hause fährt, der muß durch die Clara-Zetkin-

Straße fahren. Meine Frau und ich arbeiten daran, dass sie nach Clara Schumann umbenannt wird – ich glaube nicht, dass wir das noch erleben werden. Keiner weiß mehr, wer Clara Zetkin war, dass dies eine überzeugte deutsche Kommunistin war, die viele Dinge propagierte, die Gott sei Dank auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sind. Die Straßennamen sind aber noch da.

Man wird sich vielleicht zunächst über die diversen Straßen und Plätze „der Einheit“ freuen, bis dann einem Westdeutschen erklärt wird, dass es sich bei dieser Bezeichnung mitnichten um die Würdigung der deutschen Einheit handelt, sondern um das Gedenken an die Einheit der Arbeiterklasse, an den historischen Händedruck, kurz: gemeint ist der Zusammenschluß von SPD und KPD. Das ist der „Platz der Einheit“, und davon haben wir noch viele.

Die Mehrheit der Menschen hier hat jedoch keinesfalls die Absicht, daran etwas zu ändern. Und damit sind wir beim eigentlichen Kernpunkt. Denn Menschen brauchen Erinnerungskultur. Eine Gesellschaft, ein Volk braucht Erinnerungskultur. Gemeinsames Erinnern gibt Heimat und Halt und verbindet viel mehr als gemeinsame Außengrenzen. Im wiedervereinigten Deutschland treffen herkömmlich bundesdeutsche und DDR-Erinnerungskultur aufeinander und das heißt eben auch: demokratische Erinnerungskultur versus Erinnerungskultur eines totalitären Regimes. Nur: Die aus der DDR stammenden Bezeichnungen und Benennungen sind Teil der inzwischen demokratisch legitimierten ostdeutschen Kultur. Mancher, der früher über die Benennung einer weiteren Ernst-Thälmann-Straße oder einer weiteren Rosa-Luxemburg-Schule die Nase gerümpft hat, würde heute für den Erhalt dieses Namens kämpfen. Das völlig berechtigte Brechen mit so mancher DDR-Tradition hat mit zur Entwurzelung der Menschen hier beigetragen.

Es gehen tatsächlich immer mehr Bindungen in dieser Gesellschaft verloren mit schlimmen Folgen. In Brandenburg haben wir viele Probleme mit orientierungslosen jungen Menschen. Es fehlt vielen an einem festen Wertefundament, es fehlt an einer Heimat, oft auch an einer intakten Familie. Vereinsamt und unsicher laufen sie dann politischen Giftmischern hinterher, die mit einfachen Parolen und ein wenig Gruppengefühl scheinbar Antworten auf ihre Fragen geben. Dabei geht es auch unter den Ostdeutschen, gottlob, nur um eine Minderheit, aber die Debatte, die wir hier führen, ist nicht nur eine Ost-West-Debatte, sie ist mindestens ebenso eine Debatte zwischen Ost und Ost: zwischen der jungen und den älteren Generationen, zwischen freiheitlich-optimistisch und staatsgläubig-ängstlich. Viel zu viele Menschen gehen uns sozusagen verloren und flüchten sich in plumpe Ostalgie oder in Extremismus. Deshalb braucht es eine gefestigte, demokratisch begründete Erinnerung gerade in den neuen Bundesländern.

Denn keine Gemeinschaft, keine Gesellschaft, auch kein Staat und kein Volk kommt, ohne Gedächtnis und ohne Erinnerung aus. Ohne Erinnerung zu leben bedeutet ja, ohne Identität und ohne Orientierung zu leben. Kein Stolz ohne Scham, kein dankbares Rückblicken, ohne die Verantwortung zu spüren und anzunehmen. Erinnern ist die Basis politischer Kultur, und der Verlust politischer Kultur, die wir in den letzten Jahren beobachten müssen, geht auch auf den Mangel an gemeinsamem Erinnern zurück. Da sind die politischen Eliten in der Verantwortung, insbesondere diejenigen, die Tradition grundsätzlich für etwas Schlechtes und Verachtenswertes halten. Obwohl ich gegenüber zu intensiver Volkspädagogik mißtrauisch bin, kann das nur heißen: Wir brauchen nicht nur eine demokratische Erinnerungskultur, wir brauchen eine gemeinsame, uns verbindende Erinnerung, weil sie ein zentrales Bindeglied in unserem zusammenwachsenden Land ist. Die Wiedervereinigung Deutschlands muß sich auch in einem gemeinsamen Geschichtsverständnis widerspiegeln.

Wir Deutschen haben eine gemeinsame Geschichte und eine getrennte Geschichte. Doch ganz bestimmt haben wir eine gemeinsame Zukunft. Das bedeutet auch die Überwindung herkömmlicher Symbole und Verfahrensweisen in Ost, aber auch durchaus in West. Das intellektuelle Koordinatensystem hat sich seit der Wiedervereinigung auch in dieser Frage merklich verschoben. Ich darf daran erinnern, dass die Intellektuellen, bis auf Walser, gegen die deutsche Wiedervereinigung waren. Sie waren sogar immer in der Vorhut gegen die Wiedervereinigung. Sie sind durch das Faktum der Wiedervereinigung zur Nachhut geworden und arbeiten dieses langsam auf. Joachim Fest sagte 1989: „Das kritische Bewußtsein (der Intellektuellen) ist in Sprachlosigkeit versunken und desavouiert noch im Nachhinein das Pathos der moralisch-politischen Instanz, die es für sich reklamierte.“ Und Martin Walser sagte im gleichen Jahr: „Wer bei uns die Trennung nicht hinnehmen will, dem wird die intellektuelle und moralische Zurechnungsfähigkeit bestritten.“ Und nachdem die deutsche Einheit gekommen war, sagte er, ich zitiere: „Und die deutsche Einigung? Haben nicht viele Intellektuelle gewarnt? Standen sie nicht mahnend im Weg? Tragen sie jetzt nicht mit vollem Recht die Krise wie einen Kopfschmuck und geben zu verstehen, den ganzen Spuk gäbe es nicht, wenn man auf sie gehört hätte?“

Wir müssen uns also gemeinsam als Nation auch wieder darauf besinnen, was das bedeutet: diese Gemeinsamkeit der Nation, die Ernest Renan als „Schicksalsgemeinschaft“ definiert hat. Und ich denke, alles was wir zwischen Ost und West leisten, können wir nur aus diesem Begriff der gemeinsamen Nation ableiten. Es bedeutet also auch mehr Besinnung auf die uns verbindende nationalen Symbole und Traditionen. Damit einher geht auch der Abschied von dem bundesrepublikanischen Lebensgefühl des Post-Patriotismus nach dem Motto: Solange wir das Wort „Vaterland“ nicht aussprechen, muß niemand Angst vor uns haben. Günter de Bruyn, der nun für viele von Ihnen vielleicht auch ein Begriff ist, mit dem ich persönlich sehr viel bei mir zu Hause auch über diese Fragen diskutiert habe, hat am

15. Mai 1996 in einer Rede in Weimar zu dieser Frage folgendes gesagt, ich zitiere: „Will man hinter der Postulierung des Postnationalen nicht die Absicht vermuten, nationaler Schuld nicht mehr gedenken zu müssen, muß man aus ihr doch den Schluß ableiten, dass die Deutschen wieder einmal besser und weiter sind als die Nachbarnationen, die noch naiv ihre nationalfarbenen Fähnchen schwenken und sich gar über die Schönheit und Unverwechselbarkeit ihrer Sprache Gedanken machen, während wir Deutschen diese Kindheitsetappe längst hinter uns haben, wieder einmal zur Genesung der Welt am deutschen Wesen bereit.“ So weit Günter de Bruyn zu diesen Fragen.

Sie werden sich ebenso wie ich an die peinliche Diskussion um die Anwesenheit des deutschen Bundeskanzlers bei der Rückführung der Gebeine Friedrichs des Großen nach Potsdam 1991 erinnern. Heute wissen wir aber, dass Deutschland damals doch nicht an der Schwelle zum Rückfall in den Militarismus stand, wie vielfach behauptet wurde. Diese Debatte war eine bundesrepublikanische Debatte, sie war eine westdeutsche Debatte, die, so glaube ich, heute so nicht mehr vorkommen würde. Inzwischen merken wir, dass nicht nur viele Ostdeutsche erheblich unbefangener mit diesen Themen umgehen, sondern zugleich ein vernünftiger Umgang mit ihnen unerlässlich ist, einerseits weil wir die Nation nicht dem politischen Rechts extremismus überlassen dürfen, der in den letzten zehn Jahren vor allem in den neuen Ländern wieder sein Haupt erhebt; andererseits weil das Zusammenwachsen unseres Landes nur auf dem fruchtbaren Boden gemeinsamer Identität gelingen kann.

Wir sehen die Veränderungen ja auch schon, wenn beispielsweise die Fußballnationalmannschaft im kollektiven Leiden auch kollektive Begeisterung hervorruft. Das Volksfest auf unseren Straßen, wenn unsere Jungs oder Mädchen während der Fußball-WM etwas gewinnen, zeigt doch, dass da auf einmal die Gemeinsamkeit da ist. Viele sogenannte Intellektuelle mö-

gen dabei die Stirn in Falten ziehen, mich erfreut hingegen der unverkrampfte Umgang, wie es Roman Herzog bei seinem Amtsantritt 1994 genannt hat. Das enthebt uns freilich nicht von der Pflicht, zwischen Patriotismus und Nationalismus scharf zu trennen, Extremisten auszugrenzen und mit den Mitteln des wehrhaften Rechtsstaates zu bekämpfen.

Wir vergeben uns jedoch andernfalls auch eine wichtige Chance bei der Integration von Ausländern, die dauerhaft hier leben wollen. Es ist einem jungen Türken, der hier geboren ist und besser deutsch als türkisch spricht, nicht zu verdenken, dass er sich zurück zu seinen ethnischen Wurzeln orientiert. Hier heimisch zu werden, Anteil an diesem Land zu nehmen, gern hier zu leben, Freude und Stolz zu empfinden, machen wir ihm durch unseren Umgang mit dem eigenen kulturellen Erbe beinahe unmöglich. Wie soll jemand, der neu in Deutschland lebt, auf Deutschland stolz sein, wenn wir es selber nicht sind. Ziehen Sie den Vergleich mit anderen Ländern, mit den USA, mit Frankreich, auch mit Holland. Die verstärkte geistige Rückkehr der zweiten und dritten Zuwanderungsgeneration hier in Deutschland zu den Traditionen ihrer Eltern hat auch darin einen Grund. So gewinnen wir vielleicht hunderttausend neue Mitbürger mit einem deutschen Paß, die Herzen dieser Menschen gewinnen wir jedoch nicht.

Erinnerungskultur hat eine besondere, eine sinnstiftende Bedeutung: Menschen, die gemeinsam alte Lieder singen, die sich gemeinsam an klassischer Dichtung erfreuen können, die gemeinsam Stolz, aber auch Verantwortung für ihr Land und ihre Geschichte empfinden, die können auch die Gegenwart und die Zukunft gemeinsam gestalten. Wir müssen und wir werden uns als Volk zusammenraufen, und die gemeinsame Erinnerungskultur wirkt dabei wie ein Katalysator. Denjenigen, die sich professionell mit diesen Fragen beschäftigen, kommt, wenn ich so sagen darf, deshalb auch eine besondere Verantwortung zu. Das gemeinsame Erlebnis der Menschen in diesem Lande zu stärken, wird die Ansätze alter und neuer

Spaltung überwinden helfen. Und gerade die Landespolitiker müssen der Versuchung widerstreben, die regionale Betroffenheitskarte zu spielen, um kurzfristig ihre Sympathiewerte zu steigern. Sie versündigen sich damit an der gemeinsamen Aufgabe, unser Land auf die Zukunft vorzubereiten.

„Erinnerung ist die Dankbarkeit des Herzens“, hat Helmut Kohl einmal gesagt, und ich meine, Helmut Kohl hat hier einmal mehr ein feines Gespür für die Geschichte und geschichtliche Vorgänge bewiesen. Gemeinsames Erinnern ist eine gemeinsame Herzensangelegenheit und damit viel mehr als das nüchterne Bilanzieren von Geschichte. Die junge Generation erlebt nach meiner Erfahrung diese Gemeinsamkeit auch. Sie muß dabei durch Lehrpläne, durch Museen und Gedenkstätten, aber vor allem durch die Überlieferung in der Familie unterstützt werden. Erinnerungskultur ist insofern eine Aufgabe für jeden einzelnen und im persönlichen Bereich mindestens so wichtig wie durch offizielle und öffentliche Aktivitäten.

Noch scheint die Erinnerungskultur in Ost und West vielfach eher von Unterschieden als von Gemeinsamkeiten geprägt; ich glaube jedoch nicht, dass das wirklich so ist, wenn man genau hinschaut. Vor allem glaube ich aber, dass es schlicht noch einige Zeit brauchen wird, bis die Folgen der langen Zeit der Trennung überwunden sind. Und auch dann wird es die regionalen Unterschiede geben, die unser Land so auszeichnen. Ein Lausitzer wird einem Holsteiner sobald nicht ähnlich, ebensowenig einem Mecklenburger; Holsteiner und Mecklenburger hingegen können sich sehr viel schneller ähnlicher werden als die Mecklenburger und die Sachsen. Das bleibt eine Binsenweisheit, aber ich möchte noch einmal daran erinnern.

Zurück zu Fontanes Gedicht: Drei Jahre hat es gebraucht, bis auf dem Grab des alten von Ribbeck ein Birnensprößling erschien, und sicherlich noch einmal einige weitere Jahre dauerte es, bis der Baum Früchte trug und die Dorfkinder von Ribbeck erfreute. Von heute auf morgen oder in vergleichsweise kurzer Zeit von eineinhalb Jahrzehnten wird auch dieser Pro-

zeß der gemeinsamen Identitätsfindung nicht abgeschlossen sein, aber ich bin durchaus der Auffassung, dass wir uns auf gutem Weg befinden.

Arnulf Baring vertrat im Jahr 1991 in einem Buch die These, die deutsche Einheit dauere länger als fünfzehn Jahre. Ich habe daraufhin Baring wutentbrannt einen Brief geschrieben, ihn beschimpft und ihm gesagt, er sei kein Patriot; es werde eine Vermischung von Ost und West geben und es werde sehr viel schneller gehen. Fünf Jahre später habe ich mich bei ihm entschuldigt, und wir sind gute Freunde geworden.

Ja es hat alles viel länger gedauert, als viele angenommen haben in der ersten Freude. Dennoch blicke ich zuversichtlich in die Zukunft. Ich glaube, dass die gemeinsame Aufgabe, unser Land nach vorne zu bringen, die Herausforderung der Zukunft anzunehmen, uns Deutsche enger zusammenrücken lassen wird. Dazu gehört auch, meine ich, das gemeinsame Erinnern. Wir sollten auch stolz darauf sein auf das, was wir erreicht haben. Und ich meine, das können wir auch mit Fug und Recht angesichts dessen, was wir von 1945 bis heute gemeinsam gestaltet haben. Die Zeit davor wollen wir nicht ausblenden, aber auf die wollen wir es auch nicht reduzieren. ■

Die Autoren

Volkhard Knigge, Prof. Dr., Leiter der Gedenkstätte Buchenwald.

Norbert Lammert, Dr., MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Vorsitzender des Gesprächskreises Kultur der CDU Deutschlands, Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Christian Meier, Prof. Dr., Ludwig-Maximilians-Universität München, vorm. Präsident des Deutschen Historikerverbandes und der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung Darmstadt.

Andreas Nachama, Dr., Geschäftsführender Direktor der Stiftung „Topographie des Terrors“.

Günter Nooke, MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Autoren

Hermann Schäfer, Prof. Dr., Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Jörg Schönbohm, MdL, Stv. Ministerpräsident und Innenminister des Landes Brandenburg.

Richard Schröder, Prof. Dr., Humboldt-Universität zu Berlin (Theologische Fakultät).

Bernhard Vogel, Prof. Dr., Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. ■